

Wöchentlich 65 Bl. monatlich 3,60 M.  
im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M.  
einschl. Briefgebühr. Einzelabonnemen-  
t 4.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal. Die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“. Illustrierte Beilagen: „Volk  
und Zeit“ und „Kinderfreund“. Ferner  
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-  
stimme“, „Tatort“, „Bild in die  
Würgerwelt“ und „Augen-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Hauptverteilung  
40 Pfennig. Restante 1.— Reichs-  
markt. „Kleine Anzeigen“ das jetzige  
Wort 25 Pfennig (zwei bis drei  
Zeilen). Streifen für den ersten  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Arbeitsnach-  
weise 60 Pfennig. Nummernanzeigen für  
Abonnenten 40 Pfennig. Anzeigen-  
annahme im Hauptgeschäft Ein-  
nahme 3. wochentägig, von 9 bis 11 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Föhn 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37506. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Wallstr. 63. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

# Kampf um den Panzerkreuzer.

## Genosse Otto Wels begründet den sozialdemokratischen Antrag. Groener für den Panzerkreuzer. — Heute Abstimmung.

Im Kampf um den Panzerkreuzer A fällt heute die Entscheidung. Gestern hat Genosse Otto Wels die Forderung der Sozialdemokratie, den Panzerbau einzustellen, begründet. Seine Rede hat allen Parteien, außer der Sozialdemokratie, nicht wohl in den Ohren geklungen. Die Stimme der schonungslosen Wahrheit und der Mahnung zur Verantwortlichkeit wird niemals gern gehört.

Selten hat ein Redner so sehr vom Värm umbrandet wie gestern Otto Wels. Värm bei den Deutschen und Völkischen, Värm bei den Kommunisten. In die Adresse der Deutschnationalen ging die Mahnung von Otto Wels, das Panzerschiff nicht auf der Grundlage der Rot und des Glends der deutschen Arbeiter zu bauen, der Vorschlag, die Kosten durch einen Wehrbeitrag zu decken. „Bezahlt es doch aus den Pöbnerhöhungen!“ rief der christlich-nationale Bundesführer v. Sobel. Die Kommunisten schrien am lautesten, als Otto Wels eindringlich die Not in den deutschen Kleidsgebieten schilderte — die Verantwortungslosen ganz rechts und ganz links wollten die Mahnung zur Verantwortlichkeit nicht hören.

Mahnung zur Verantwortlichkeit gegenüber dem Volke — das war der Inhalt dieser Rede des Genossen Otto Wels, wie es der Sinn des sozialdemokratischen Antrages ist. Die Sozialdemokratie verfolgt zwei große Gesichtspunkte mit ihrem Antrag: den Willen des Volkes zu vollziehen, der sich am 20. Mai fundiert hat, die Panzerkreuzerfrage zu entscheiden gemäß der Lage des deutschen Reichshaushalts, der auf dem Notstand des Volkes aufgebaut ist. So erstand aus der Rede des Genossen Otto Wels das Bild Deutschlands von heute, so wie es wirklich ist, das Bild des leidenden, hungernden, schwer erstickenden Deutschland, mit seinen Arbeitslosenheeren, seinen Kleidsgebieten, seiner Not. Dies Bild denen vor Augen zu stellen, die heute noch illusionären Machträumen der Verantwortung nachhaken, und denen, die heute noch am Panzerbau festhalten — das war der Zweck seiner Rede.

Die Aufrollung dieses Bildes hat nicht nur den Värm der Verantwortungslosen hervorgerufen, sie hat tiefe innere Unruhe in den Reihen der Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten verursacht. Es war die Stimme des Volkes, ausgesprochen von einem Manne, der mit dem Volke fühlt und denkt, schlicht, gradlinig, voll tiefen menschlichen Gefühls und voll tiefen Empfindens für das, was gerecht ist. Er hat das wahre Deutschland gezeigt, schonungslos, schroff, unsentimental und unerbittlich.

Diese Rede hat die Mittelparteien erschreckt — die Wahrheit erschreckt oftmals. Sie hat ihnen gezeigt, daß die Sozialdemokratie nicht ein Scheingefecht führt um einen Demonstrationsantrag, sondern einen überaus ernsten Kampf um einen Antrag, der aus ihrem sozialen Verantwortlichkeitsgefühl und aus ihrer tiefen Verbundenheit mit dem Fühlen und der Not des Volkes geboren ist. Nach dieser Rede machten neue Krisengerüche auf. Regierungskreise, die die Sozialdemokratie mit großem Ernst zu soziale Verantwortungsbewußtsein mahnt? Lauter als die unerbittlich wahrhafte Rede von Wels sollten die Zustände in Deutschland dazu mahnen — und diese Zustände sind die Grundlage, auf der sich die deutsche Politik kommenden Jahre vollziehen muß! Die gestern im Reichstag nach der Rede von Wels Krisengespräche führten, werten ihre Blicke mit Otto Wels über die Mauern des Reichstags hinaus auf das deutsche Volk richten, wenn ihnen Blick auf den kommenden Reichshaushalt noch nicht ge-  
löst!

Herr Groener hat den Panzerbau mit streng militär-technischen Argumenten begründet, losgelöst von der realen Lage Deutschlands. Er rechnete Möglichkeiten einer militärischen Kompensation im Osten Deutschlands durch und über die Rolle, die der neue Panzerkreuzer dabei zu spielen hätte. Seine Argumente sind selbst von Fachleuten kritisiert, aber hinter den technisch-militärischen Argumenten verbirgt sich ein anderes, das weit stärker wirkte, namentlich auf die Mittelparteien. Die offene Ankündigung, daß er bei der Annahme des sozialdemokratischen Antrages demissionieren werde. Er hat für seine Person die Kabinettsfrage gestellt. Herr Trevisanus, der deutschnationale Redner, sprach vom Wehrgedanken, wie sich ihn die Deutschnationalen

vorstellen, von der notwendigen Bereitschaft zum Opfertod, und Herr Heckerl hielt die übliche hagerfüllte kommunistische Rede gegen die Sozialdemokratie.

Der Reichstanzler, Genosse Hermann Müller, legte zunächst in seiner Erklärung dar, daß der Beschluß des Kabinetts vom 10. August keine materielle Stellungnahme der Minister in sich geschlossen habe; im Anschluß an die Ausführungen des deutschnationalen Redners legte er seinen eigenen Standpunkt dar: eine wirkungsvolle Mahnung an alle, die von Krise reden, daß die Sozialdemokratische Partei fest geschlossen ohne Ausnahme in einen notwendigen Wahlkampf gehen werde, so wie sie einheitlich für den Antrag gegen den Panzerkreuzer stimmen werde. Graf Westarp, der Führer der Deutschnationalen, fuhr empor, das Wort Unehrlichkeit fiel. Messerschlag kam die Antwort: „Eine Partei, die eine Dames-Abstimmung in ihrer Geschichte hat, hat kein Recht, von Unehrlichkeit zu reden.“ Und die zweite Antwort an den Grafen Westarp wie an alle, die den Panzerkreuzer zum Schutz Ostpreußens fordern: Schutz Ostpreußens ja wohl, aber nicht durch Schiffe, sondern durch deutsche Bauern, durch aktive Kultur- und Siedlungspolitik!

Nicht Kriegsschiffbauten, sondern Sorge um das Gesamtwohl Deutschlands, um die Lage seiner arbeitenden und leidenden Massen, um die strengste Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit in der Verwendung seiner staatlichen Mittel — das ist die Mahnung der Sozialdemokratie. Es ist eine Mahnung zur Verantwortlichkeit.

### Die Demokraten zur Panzerschiff-Frage. Ein eigener Antrag.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Fraktions- scheidung vom Donnerstag beschlossen, gegen den sozialdemokratischen Antrag in der Panzerkreuzerfrage zu stimmen.

Die Fraktion hat sich weiterhin dahin entschieden, nachstehenden eigenen Antrag einzubringen:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu er- suchen, ein in sich geschlossenes militärtechnisch begründetes Er- scheinungsprogramm für die ausfallenden Schiffe der Reichsmarine auf- zustellen, das eine Ueberbrückung über die Bedeutung der Forderungen für die Landesverteidigung und die finanzielle Tragweite ermög- liche, und dieses Programm vor der Beschlußfassung über die zweite Rate des Panzerkreuzers A dem Reichstage vorzulegen.“

### Die Haltung des Zentrums. Abstimmung gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags beschäftigte sich am Donnerstagabend nach der Vollziehung mit dem Verlauf der Aussprache über den Panzerkreuzer-Bau. Es kam dabei allgemein eine recht starke Mißstimmung über die Rede des sozialdemo- kratischen Abg. Wels zum Ausdruck. Die Zentrumsfrak- tion wird mit Ausnahme einiger Mitglieder, die sich der Stimme enthalten werden, geschlossen gegen den Antrag der Sozial- demokraten stimmen. Den Standpunkt des Zentrums wird am Freitag voraussichtlich der Abg. Wirth vertreten.

### Wissell im Kampfgebiet.

#### Besprechungen in Düsseldorf. — Verhandlungen noch nicht wieder aufgenommen.

Düsseldorf, 15. November.

Die Besprechungen beim Regierungspräsidenten Bergemann in Düsseldorf haben gleich nach dem Eintreffen des Reichsarbeits- ministers Wissell eingeleitet. Zur Besprechung waren noch Ober- landesgerichtsrat Jötten und Oberregierungsrat Brieß, der amtliche Schlichter für Dortmund, hinzugeladen. Auch Regie- rungspräsident König-Krassberg war heute morgen in der Düsseldorf-Regierung anwesend. Die Besprechungen zogen sich über den ganzen Vormittag hin und wurden gegen 2 Uhr durch eine Mittagspause unterbrochen.

Gewerkschaftsführer und auch die Arbeitgeber haben bisher noch nicht wieder an den Verhandlungen teilgenommen.

### Der Kampf im Reichstag.

Der Reichstag hat am Donnerstag nachmittag bei starker Anteilnahme seiner Mitglieder und des Tribünenpublikums die Panzerkreuzerfrage begonnen. Es liegen vor der Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung des Baus des Panzer- kreuzers A, der Antrag der Kommunisten auf Zurückziehung der ersten Raturate und eine Interpellation der Kommunisten an die Reichsregierung wegen des Baubeginns. Ein deutschnationaler An- trag fordert die Regierung auf, zum Schutz der bedrohten Ostmark alle Küstungsmöglichkeiten auszunutzen, die der Verfallener Frieden erlaubt. Die Kommunisten verlangen, daß die Groenerische Denkschrift zur Rechtfertigung der Erteilung von Bauaufträgen über 32 Millionen Mark dem Reichstag vorgelegt werde.

### Abg. Wels (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion hat den Antrag gestellt: „Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt.“ Das Reklamieren all der Gründe, die uns zur Stellung dieses Antrages veranlaßt haben, liegt letzten Endes in dem klar und unzweifelhaft am 20. Mai aus- gesprochenen Willen der deutschen Wähler. (Sehr wahr! bei den Soz.) Am 20. Mai haben die Wähler über die Politik des Bürgerblocks, zu dessen Taten der Beschluß der ersten Rate des Kreuzerbaues gehört, zu Gericht geoffen. Es kann kein Zweifel in diesem hohen Hause herrschen: Am 20. Mai entschied sich das deutsche Volk für eine Politik, die den Gedanken sozialer Gerechtigkeit, fried- licher Verständigung und wirtschaftlichen Ausgleichs in sich schließt! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der 20. Mai war die Ablehnung der durch die Deutsche- nationalen verkörperten Reichspolitik, die das Volk auch durch die Latzkappe ihres scheiternden Vernunftstreptichentums erkannte. Daran ändert auch der stölgliche Ausgang des Volksbegehrens der R.P.D. nichts. Er zeigt nur den geringen Kredit dieser Partei bei der Masse des Volkes. (Värm bei den Komm.) Wer aus der relativ geringen Zahl der Unterzeichneten eine Billigung des Kreuzer- baues durch die Mehrheit der Bevölkerung schließen sollte, befinde sich in einem verhängnisvollen Irrtum. (Sehr wahr!) Das geht ja nicht nur aus der bekannten Stellung meiner Partei, der größten Partei des deutschen Volkes hervor. Auch die gleiche Einstellung weiter Kreise der christlichen Arbeiterbewegung und des demokratischen Bürgertums ist bekannt, auch rechts- gerichtete Volkskreise und alte Offiziere sind dagegen. (Um- ruhe rechts.)

### Das Parlament ist frei!

Das Experiment einer Reichstagsneuwahl unter der ausgeprochenen Parole „Für oder gegen den Panzerkreuzer“ würde das Ergebnis vom 20. Mai verstärkt zum Ausdruck bringen. Es geht nicht an, dem neugewählten Parlament das Recht der Korrektur an Beschlüssen des verstorbenen Reichstags zu nehmen. Um eine solche Korrektur — als Konsequenz des Wahlverlustes — handelt es sich bei unserem Antrag. (Sehr richtig!) Das Parlament ist frei — ist nicht an Beschlüsse des verstorbenen Reichstags gebunden, wie es die Regierung vielleicht sein möchte. (Wachen rechts.) Ist Ihnen die Achtung vor Reichstagsbeschlüssen so wenig wert? (Sehr gut! links.) Das erscheint mir besonders notwendig, wenn ich mir die erst jetzt bekannt gemordene Tatsache vor Augen halte, daß der Reichswehrminister sich für berechtigt gehalten hat, die Bewilligung der weiteren Raten durch den neugewählten Reichstag auf eigene Faust vorwegzunehmen. Herr Groener wird sich ja sicher dazu äußern, wie er dazu kam, für 32 Millionen Mark Aufträge für die Herstellung des Panzer- schiffes A im voraus zu vergeben. (Andauernde Zwischenrufe rechts und äußerst links.) Wenn er sich dabei auf bestimmte Präzedenz- fälle berufen will, so sage ich doch, daß dieser Fall ohne Präzedenz dasteht. Es handelt sich hier nicht so sehr um eine etatsrechtliche Frage, sondern um ein politisches erstes Rangens. Der Reichswehrminister mußte wissen, daß die Frage der weiteren Raten im Reichstage unter dem Gesichtswinkel des Ausfalls der Wahlen vom 20. Mai erneut behandelt werden würde.

Er mußte, welche Rolle der Panzerkreuzerbau schon bei den ersten Verhandlungen über die Regierungsbildung spielte (Wachen der Komm.), und daß diese Angelegenheit nur durch einen Beschluß des Reichstags keine Klärung finden konnte. Das Volksbegehren konnte auch anders ausfallen.

Wenn das Reichswehrministerium dem Reichstag vor eine voll- endete Tatsache stellen wollte, erkläre ich jetzt mit doppeltem Nachdruck, daß meine Fraktion sich diesem Zwange nicht fügen wird!

Bravo! rechts, große Heiterkeit.) Unsere grundsätzliche Stellung zur Reichswehr wird dadurch nicht berührt. Wir kämpfen nicht gegen die Reichswehr, sondern um die Reichswehr. Wir wollen sie als ein Machtmittel des freien Volkshauses und kämpfen um das Beste, was ihr dazu noch fehlt. Wir verkennen auch nicht die Notwendigkeit, daß die Reichswehr einen nach der See hin ver- längerten Arm besitzt. Aber über dem Ganzen steht als höchstes

**Gebot: strengste Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit.**  
Der geplante Panzerkreuzerbau verstoßt gegen dieses Gebot.

### Selbst Militärs gegen den Bau!

Darauf basierten ja die ursprünglichen Beschlüsse des Reichsrats gegen den Bau. Sie bezweifelten die tatsächliche Zweckmäßigkeit. Die Pflicht der Sparsamkeit aber legten uns nicht nur Reparationsverpflichtungen auf, sondern vor allem die soziale Not unseres Volkes. Ein so maßgebendes Gutachten wie das des Admirals Galtner vernimmt die Notwendigkeit und Richtigkeit dieses Schiffbaues.

Herr Groener hat diesen Panzerkreuzerbau ja, wie er selbst betont hat, nur als Ersatz von Herrn Gehler übernommen. Herr Gehler aber war es, der unumwunden zugab, daß es mit dem Bau dieses einen Panzerkreuzers nicht getan sei, sondern daß er den Bau von weiteren Schiffen im Gefolge hätte, so daß es sich nicht nur um die Ausgabe von 80 Millionen für diesen einen Panzer, sondern um 300, 400 oder mehr Millionen Mark handelt. (Lärm rechts.) Durch Ihr Geschrei wird die Flotte nicht billiger werden! (Heiterkeit.)

Ob diese Ersatzbauten jetzt notwendig sind, wird in Fachkreisen ebenfalls stark bezweifelt.

Die Behauptung, daß unsere Kreuzer und Linienfahrer neu gebaut werden müssen, weil sie das hohe Alter von 25 und mehr Jahren erreicht haben, ist in der Öffentlichkeit vielfach so verstanden worden, als ob es sich bei den Schiffen unserer Marine schon um schwimmende Särge handelte. Dabei haben ausländische Marinen, wie einwandfrei feststeht, weit ältere Schiffe im Dienst. England und Norwegen solche bis zum Alter von 40 Jahren und die alte deutsche Flotte hat noch ältere Schiffe als Admiralschiffe benutzt. Die Behauptung, daß auf den alten Schiffen mehr Unglücksfälle passierten, die Menschenleben dadurch einer größeren Gefahr ausgesetzt wären, treffen ebenfalls nicht zu. Es ist einwandfrei festgestellt, daß sich die meisten Unglücksfälle gerade auf neuen Schiffen ereignen.

Ich zweifle sehr stark daran, daß Herr Groener von sich aus der Vater dieser Vorlage geworden wäre.

Herr Groener es doch, der noch am 3. März d. J. im Haushaltsausschuß erklärte, er wolle dem Ausbruch ein sehr ernstliches Gehör abgeben, nämlich daß er die vor dem Krieg betriebene Flottenpolitik für falsch gehalten habe und zwar... aus militärischen Gründen.

Er verrate wohl kein Geheimnis, wenn er erklärt, daß diese Ansicht auch im Großen Generalstab vorgeherrschend habe. Die Überzeugung, daß die Entscheidung zu Lande fallen müsse, sei die Ursache für diese Einstellung des Generalstabs gewesen. Die gleiche Auffassung ist von den Vertretern der Heeresverwaltung in der Regierung seit Wilhelm I. immer wieder bei aufstrebenden Flottenbauern vertreten worden. Erst unter Wilhelm II. begann jene Ära der Flottenjagd, des Beitritts zur See und des deutschen Niederganges bis zum Zusammenbruch. Nicht nur durch den Versailles Vertrag beengt und der Gebante der Ausrüstung unseres Rüstungsplans um jeden Preis wird ja vom Reichswehrministerium selber nicht vertreten. Denn der Bau von Torpedobooten des uns gestatteten Umfangs wird von ihm angelehnt.

Wenn man den Panzerkreuzer für notwendig erklärt, so ist das nur eine Stimmungsmache ganz in der alten Art. Gegen Dänemark, Holland, Norwegen und Schweden würde auch unsere jetzige Flotte mehr als genügen.

Kommt aber je einmal ein Krieg gegen eine moderne Seemacht, dann sind die geplanten 10 000-Tonnen-Schiffe einfach Schiffschelben für die gewaltigen U-Boote.

Wir Sozialdemokraten haben das Verdienst, dafür Sorge getragen zu haben, daß deutsche Politiker sich mit den Politikern des Auslandes zusammenfanden, um einer Revision des Versailleser Diktats in allen seinen Teilen vorzuarbeiten. Wir dürfen die ja mühsam aufgehobenen Steuern des Reiches nicht auf diese Weise vergeuden. Es ist übrigens aus dem Zusammenhang zu ersehen, daß der Panzerkreuzer sei notwendig, um eine Blockade unserer Küste zu verhindern. Gegen wen soll denn eine solche Blockade verhindert werden? Die ganz großen Mächte kann auch der Panzerkreuzer nicht daran hindern. Die kleinen Mächte, auch Rußland, an das hier offenbar gedacht wird, können niemals unsere Ozeanflotte blockieren. Es hätte aber keinen Sinn und Zweck, nur einen solchen Teil unserer Küste zu blockieren und den anderen freizulassen. Die Freibräutigam des Seeweges nach Ostpreußen vollends ist ein Agitations Schlagwort allerhöchster Art. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Denn Polen verfügt über Flugzeuge und sogar über einige U-Boote, die wir nicht haben und gegen die der Panzerkreuzer einfach wehrlos wäre.

### Die Haltung der Sozialdemokratie ist konsequent.

Es erscheint mir zweckmäßig, hier festzustellen, daß die Haltung der Sozialdemokratischen Partei gegenüber dem Bau des Panzerkreuzers in allen Phasen die gleiche gewesen ist. Bereits im Jahre 1923 erklärte mein Parteifreund Hünlich als Sprecher unserer Fraktion, daß wir es für nicht tragbar halten, daß das deutsche Volk, das in so ungeheurer Not sei, für diesen Zweck große Summen ausgeben und er erklärte damals, wir bleiben daher bei der in früheren Jahren eingenommenen Haltung und lehnen die angeforderte Rote ab. Damals drehte es sich um die im Etat für 1923 angeforderte vierte Rote für den kleinen Kreuzer A. Mit derselben Begründung waren schon in den Vorjahren die üblichen Raten für den kleinen Kreuzer von uns abgelehnt worden. Im Jahre 1925 erklärte mein Parteifreund Schöpflin, im Jahre 1926 mein Kollege Kühn und im Jahre 1927 mein Kollege Eggert in dem Namen der Fraktion, daß sie angesichts der Notlage des Volkes solche Ausgaben nicht verantworten können. Im verflochtenen Jahre hat hier Abg. Severing ausgeführt, daß die angeforderten 9,3 Millionen erst in ihren Konsequenzen die entscheidende Rolle spielen und daß diese Konsequenzen mehrere hundert Millionen Mark in den nächsten Jahren erfordern würden, wenn wir die anderen zur Abrüstung drängen wollen — und das wollen wir — gerade in diesem Moment von leistungsfähigen Schiffsbauten, die im Ernstfall ja doch nichts nützen, absehen sollten. Wir wollen die Abrüstung allgemein. Angesichts der bevorstehenden Reparationsverhandlungen gewinnt die Erklärung Severings doppelte Bedeutung.

### Denkt an die soziale Not!

In dem Reichshaushalt für 1929 muß ein Loch von 600 bis 700 Millionen Mark gestopft werden. Deshalb müssen alle entbehrlichen Mehrausgaben in diesem Jahre vermieden werden, und es erscheint selbst dann fraglich, ob die geplanten Steuererhöhungen ausreichen werden. Der Haushaltsrat baut sich auf auf dem Wohlstand des Volkes. Wir sehen eine erschreckende Steigerung der Arbeitslosigkeit. Wir sehen kaum eine Verminderung des Wohnungsnotstands. Wir sehen die Notlage weiter ländlicher Gebiete, insbesondere Ostpreußens und wir stellen das Verhungern von wahrhaften Hungergebieten, wie Waldenburg, in Deutschland fest. Wollen Sie es dennoch, dann zeigen Sie sich als die Männer, die bereit sind, dieses Opfer auf sich zu nehmen.

Gegen Sie sich mehrerwegen einen neuen Marinemehrbeitrag in ausreichender Höhe auf, aber bauen Sie dieses Schiff nicht aus dem Leid der Not und dem Untergang Ihrer darbenenden Volksgenossen und während den Ruhrarbeitern eine knappe Lebensunterstützung durch geschwindige Auslieferung verweigert wird! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Es könnte sich bitter an Ihnen rächen! Der Herr Reichspräsident war es, der auf seiner Schiffsreise vom Anblick des Glendes in Waldenburg so erschüttert war, daß er seiner offiziellen

# Vertrauensvotum für Poincaré.

335 gegen 147 Stimmen — 120 Stimmenthaltungen.

Paris, 15. November.

Die Kammer hat zum Schluß ihrer heutigen Sitzung dem neuen Kabinett Poincaré mit 335 gegen 147 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen.

Da die Kammer rund 600 Abgeordnete zählt, so bedeutet dieses Abstimmungsergebnis, daß sich etwa 120 Abgeordnete der Stimme enthalten haben, wohl in der Hauptsache Mitglieder der radikalen Fraktion sowie auch die Kräfte. Außer den Sozialisten und Kommunisten haben knapp 40 Radikale und Sozialrepublikaner gegen die Regierung gestimmt. Aber die hohe Zahl der Stimmenthaltungen beweist, daß die Basis der nach rechts orientierten neuen Regierung Poincaré viel schwächer ist als die Mehrheit, auf die sich das bisherige Kabinett stützen konnte.

### Die Regierungserklärung. — Sozialistische Kampfanfrage.

Paris, 15. November. (Eigenbericht.)

Die Erklärung der neuen Regierung wurde am Donnerstag nachmittags in der Kammer durch Ministerpräsident Poincaré und im Senat durch den Justizminister Barthou verlesen. Die Kammer hatte äußerlich einen sehr großen Tag. Sämtliche Abgeordnete waren erschienen, Tribünen und Diplomatenlogen dicht besetzt.

Die Sitzung wurde um 3 Uhr eröffnet. Nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten Bonisson besitzte der Ministerpräsident die Tribüne. Die von ihm verlesene Erklärung betonte einleitend die Notwendigkeit der

raschen Verabschiedung des Budgets.

Poincaré erwähnte dann die Schwierigkeiten, auf welche die frühere Regierung bei der Beratung des Budgets in der Finanzkommission sowie bezüglich der beiden Artikel 70 und 71 gestoßen sei. Was den ersten Punkt anbelangt, so findet sich in der Erklärung die erwartete Konzeption keineswegs in klarer Form. Die von der Kommission vorgeschlagenen Streichungen an den Militärbudgeten werden dem Urteil der Kammer unterbreitet. Die Regierung, heißt es jedoch fogleich, lasse sich bei der Regelung dieser Frage allein von den Interessen der Landesverteidigung leiten. Der den Artikel 70 und 71 abgeleitete Teil der Erklärung lautet dahin, daß die neue Fassung der Artikel vom vorigen Kabinett einstimmig gebilligt worden sei. Die gegenwärtige Regierung habe erkannt, daß die Frage vitale Bedeutung für den

intellektuellen und moralischen Einfluß Frankreichs im Ausland besäße. Welches Verfahren auch, so heißt es weiter, in Anwendung kommen mag, die Regierung werde unter Stellung der Vertrauensfrage verlangen, daß die Frage ehrlich und von Grund auf in kürzester Frist und unter Beachtung des nationalen Interesses geprüft werde.

Der Schluß der Erklärung ist der auswärtigen Politik gewidmet und beginnt mit einem Hinweis auf den Friedenswillen der Regierung. Das Werk sei begonnen. Es scheine sich günstig zu entwickeln. Man müsse es vollenden. Das vorige Kabinett habe mehrmals Gelegenheit gehabt, auf die Bedingungen hinzuweisen, unter denen Frankreich eine

### Neuregelung der Reparationsfrage

annehmen könne. „Es besteht“, heißt es wörtlich, „nichts in den Konzepten der einen und anderen, was nicht um Ausgleich geeignet wäre. Nichts scheint sich mehr der Erneuerung der Sachverständigen zur gemeinsamen Prüfung entgegenzustellen. Die neue Regierung habe die Verhandlungen wieder aufgenommen und rechne darauf, sie zu gutem Ende zu führen. Die Erklärung schließt mit einem Appell an die Unterstützung der Kammer.

Als erster Diskussionsredner bestieg der sozialistische Abgeordnete

Vincent Aurio

die Tribüne. Aurio wies zunächst darauf hin, daß die Regierung keine der von der Finanzkommission vorgeschlagenen Steuererleichterungen und Streichungen angenommen habe. Die Sozialisten begrüßten sich dazu, daß in Ungers endlich eine große Partei sich wiedergefunden habe. Die Konzeptionen Poincarés seien nur formaler Natur, das Programm der jetzigen Regierung sei das der früheren. Das Kabinett könne nur bestehen infolge der Spaltung der demokratischen Partei und vermöge

nur mit einer Rechtsmehrheit

zu regieren. Die Hoffnung auf den Frieden aber werde verdunkelt, denn seine endgültige Herstellung könne nur durch die Entwaffnung und die Rheinlandräumung erfolgen, gegen die der im Kabinett anwesende Maginot protestiert habe. Die Sozialistische Partei werde ihren Kampf gegen das Kabinett im Lande und in der Kammer unerbittlich fortsetzen.

Der republikanische Abgeordnete César Chabrun leitete seine Ausführungen mit der Feststellung ein, daß die Formel der „nationalen Einheit“ nicht länger dauern könne. Seine Gruppe werde die jetzige Regierung nicht unterstützen.

### Reichstanzler Müller:

Zur Beantwortung der kommunistischen Interpellation habe ich namens der Reichsregierung folgende Erklärung abgegeben:

Die Bewilligung der ersten Rote für den Bau des Panzerkreuzers A ist durch Reichstag und Reichsrat bereits mit der Verabschiedung des Reichshaushalts für das Jahr 1928 erfolgt. Beide Körperschaften haben sich durch die Annahme des Reichshaushaltsgesetzes für den Bau des Panzerkreuzers ausgesprochen.

Der Reichsrat hatte zunächst in seiner 51. Sitzung am 17. Dezember 1927 mit 36 gegen 32 Stimmen die Streichung der Einlage für den Neubau des Panzerkreuzers in Höhe von zumal 9,3 Millionen Reichsmark beschlossen. Nachdem der Reichstag aber mit Mehrheit die beantragten Ansätze für den Bau des Panzerkreuzers A bewilligt hatte, trat der Reichsrat dem am 31. März 1928 bei, indem er darauf verzichtete, durch seinen Einspruch die Verabschiedung des Etats für 1928 zu verhindern. Die vom Bevollmächtigten der preussischen Staatsregierung vorgeschlagene und vom Reichsrat am gleichen Tage angenommene Entscheidung sieht lediglich eine nochmalige Nachprüfung der finanziellen Möglichkeit der Ausführung des Baues vor. In der Entscheidung ist denn auch ausdrücklich der alshalbigen Vernahme der reinen Konstruktionsarbeiten zugestimmt worden.

Die Reichsregierung hatte nach der Cassation des Reichsrats eine Entscheidung nur noch hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten zu fällen. Die Prüfung der finanziellen Möglichkeiten durch das Kabinett hat ergeben, daß für den laufenden Etat 1928 durch die Verabschiedung der Mittel für die erste Bauvergabe keine Schwierigkeiten entstanden.

Dannach war die Genehmigung zur Vergebung von Lieferungen, die nach der Entscheidung des Reichsrats nicht vor dem 1. September 1928 erfolgen sollte, zu erteilen. Materielles handelte es sich für das Kabinett damals nur um diese Entscheidung.

Im Hinblick auf die kommenden Jahre hat das Kabinett in finanzieller Hinsicht festgelegt, daß künftige Ersatzbauten der Marine nur innerhalb der Höhe des Marineetats für 1928 ausgeführt werden dürfen. Es wurde mit voller Zustimmung des Reichswehrministers festgestellt, daß die durch den Bau des Panzerkreuzers A entstehenden Mehrausgaben durch entsprechende Ersparnisse bei sonstigen Ersatzbauten wieder eingedringt werden.

Damit war der vom Reichsrat angenommenen Entschlüsse genüge geleistet.

Ich möchte dieser Erklärung hinsichtlich einiger Fragen, die der Debatte an mich gerichtet worden sind, folgenden hinzuweisen. Zunächst ist gefragt worden, ob es richtig sei, daß bereits 32 Millionen Mark Lieferungen zum Bau des Panzerkreuzers A dem Reichswehrministerium vergeben worden sind. Das ist richtig. Ich höre, hört! bei den Komm., es hält sich aber im Rahmen der Reichshaushaltsordnung (erneutes Hören, Hören, Hören, Hören). Selbstverständlich kann — ich bin kein Sozialist, glaube aber doch, das beurteilen zu können — ein Geförper nur im ganzen zum Bau vergeben werden. Auch verschiedene Maschinen, die in das Schiff eingebaut werden müssen, ehe es hellenig verläßt, müssen rechtzeitig bestellt werden.

Entscheidend aber ist, daß über die 9,3 Millionen hinaus, bisher vom Reichstag als erste Rote für den Panzerkreuzer A bewilligt worden sind, keine Ausgaben erfolgt sind.

Bisher sind insgesamt 6 052 000 Mark an Ausgaben eingeleistet, so daß sich das Reichswehrministerium durchaus im Rahmen

Rehe einige improvisierte Worte hinzufügte, die mit dem Kopf schlossen: „Was ich hier in Waldenburg gesehen und gehört habe, hat mich tief erschüttert. So kann es nicht weitergehen.“ Dem schließen wir uns an. Die Hauptnahrung der Bevölkerung ist Kartoffeln, Brot, Margarine und Molke. Nichts, vielleicht am Sonntag, ein halbes Pfund für die ganze Familie und in den Waldenburger Zeitungen finden sich Anzeigen, in denen fettes, fettes Fleisch angeboten wurde. (Zuruf rechts: Trotz der Republik!)

Wollt denn Ihre Hilfe in der Republik noch Mannen sehen, die hunderttausende brotlos machen wollen! Wir kämpfen, damit die Demokratie diesen Zuständen ein Ende macht. Die Glendenschilderung von Hauptmann „Weber“ steigt vor uns auf und ich rufe es hier vor dem ganzen Volk aus: Der Herr Reichspräsident hat recht, so kann es nicht weitergehen!

Glauben Sie aber nicht, daß Waldenburg isoliert in Deutschland wäre. Ein ähnliches Glend gibt es noch vielerorten. (Andauernde Segenrufe rechts, Widerspruch der Kommunisten.)

### Bauernpolitik — Ostpreußens besser Schutz!

Die Herren Deutschnationalen wollen Ostpreußen verteidigen und als Argument für den Bau des Panzerkreuzers ist von bürgerlicher Seite immer wieder die Notwendigkeit der Verteidigung Ostpreußens ins Feld geführt worden. Wir glauben, daß man Ostpreußen nicht schützen kann, wenn man nicht der dortigen Landwirtschaft hilft. Eine aktive Stützungs politik für die bäuerliche Bevölkerung wäre das beste Mittel, um sie politisch und moralisch an das Reich zu binden. Gerade die bäuerlichen Betriebe finden sich in Ostpreußen mangels der erforderlichen Reparationen in trostlosem Zustande. Es ist ein offenes Geheimnis, daß ihre Unterlassungen aus militärischen Gründen erfolgt sind, weil man im Generalstab der kaiserlichen Armee überzeugt war, durch einen Gürtel von Sämpfen und Wäldern die deutsche Grenze im Osten militärisch verteidigen zu können. Wir sind heute der Auffassung, daß es zweckmäßiger ist, Kulturpolitik zu leisten und daß auf diese Weise gegen die angrenzenden Randstaaten ein viel wirksamerer Grenzschutz geschaffen wird.

Mit den Kosten des Panzerkreuzers könnten 30 000 bis 40 000 Bauern in Ostpreußen angehebelt werden — das wäre der beste Grenzschutz.

Die Reichswohnungszählung ergab das Nachhandeln von rund einer Million Haushaltungen ohne eigene Wohnung. Die verheerenden Folgen der Wohnungsnot treten in geradezu mörderischer Weise stärker und stärker zutage. Die Geschlechtskrankheiten bei Kindern sind in furchtbarem Anstiegen — eine Folge des herrschenden Wohnungsnotstands! (Hört, hört!)

Diese Zustände unbeschreiblicher Not, unbeschreiblichen Glendes sind die Helling, auf die Sie das Panzerkreuz A jetzt legen wollen! Wir Sozialdemokraten wehren uns dagegen.

Wollen Sie, dieser Not ungeachtet, entgegen der Pflicht eines gewissenhaften Hausvaters, zunächst der Not zu steuern, wo sie am dringendsten ist, den die Massen auswirkenden Beschluß fassen, Millionen von Steuererlösen, zu denen diese Armen beitragen müssen, für den Bau dieses Schiffes zu verwenden? Davor warne ich in Ihrem eigenen Interesse und in dem Interesse der ruhigen Entwicklung unseres Vaterlandes. Wir haben jetzt drei Tage über die Ruhrsperre gesprochen, der Reichstag hat bis jetzt nichts gehabtes Worte. Man wartet dort auf die Hilfe vom Reichstag. Da wollen Sie den Weiterbau des überflüssigen Panzerkreuzes beschließen! Hüten Sie sich, das wird sich an Ihnen bitter rächen! (Lebhafte Beifall bei den Ent.)

Eingelassen ist ein Zentrumsantrag auf Ausarbeitung und Vorlage eines Marine-Ersatzbauprogramms. Die Kommunisten verlangen sofortige Abstimmung über ihren Antrag betr. Vorgehens der Groener-Dentschheit.

Reichstanzler Müller erklärt: Diese Denkschrift enthält nichts über die Vergabung der Bauaufträge über 32 Millionen Mark, sondern dem Kabinett gemachte Ausführungen über Landesverteidigung, die sich nach der ganzen Sachlage nicht zur Weitergabe an die Öffentlichkeit eignen. (Aha-Rufe der Komm.)

Abg. Hecker (Kamm.): Die Sozialdemokraten stellen den Panzer als ein Spielzeug hin. Groener ist durch und durch Militar, er

# Wohnungsfragen im Stadtparlament.

## Gegen unehrliche Wohnungsvermittler / Für richtige Hauszinssteuerverwendung

Den drückenden Mangel an Wohnungen mühen zu ihrem Vorteil die Wohnungsvermittler aus — und trotz Wohnungswirtschaft geht ihr Geschäft flott. Gestern hat die Berliner Stadtkörpersversammlung einen Beschluß gefaßt, der den Magistrat auffordert, wenigstens den Unzuverlässigen unter den Wohnungsvermittlern das Handwerk zu legen. Ein allgemeines Verbot der Wohnungsvermittlungsbüros hält der Magistrat nicht für möglich, aber gegen Betrüger und Buzzerer kann und soll er mit dem Mittel der Konzeptionsentziehung vorgehen. Durch vermehrten Wohnungsbau könnte solchen Hyänen des Wohnungsmarktes die Existenzmöglichkeit entzogen werden, doch ist den Gemeinden bei ihrem Mangel an Geld der Kampf gegen die Wohnungsnot erschwert. Da schon wurde im „Vorwärts“ gezeigt, wie ungerecht die Stadt Berlin bei der Verteilung des zum Wohnungsbau zu verwendenden Hauszinssteuer-Einkommens behandelt wird. Dazu kommt aber noch, daß einen großen Teil des Ertrages der Hauszinssteuer der Staat einbehält und für sich verwendet. Gegen diese Entziehung von Wohnungsmitteln wendet sich ein anderer Stadtkörpersbeschuß, der gestern gefaßt wurde. Der Magistrat soll bei Reich und Staat dahin wirken, daß der Hauszinssteuerertrag voll den Gemeinden zum Wohnungsbau überlassen wird. Der Magistrat wird die Wohnung befolgen, das ist gewiß. Wird er etwas erreichen?

Die Deutschnationalen, die Wirtschaftsparteier und das Zentrum hatten Anfragen eingebracht, ob dem Magistrat bekannt sei, daß am Potsdamer Ufer (Ecke der Bellevuestraße) von einer französischen Gesellschaft ein Warenhaus gebaut wird (gemeint ist das im Bau befindliche Haus der „Galeries Lafayette“), obwohl die Stadtkörpersversammlung im März dieses Jahres den Wunsch ausgedrückt, daß der Grund und Boden in deutschen Händen bleibe. Nach Begründung der Anfrage durch die Beauftragten der Antrag-

steller stellte Stadtrat Buich fest, daß die bauende Gesellschaft eine rein deutsche Gesellschaft sei, deren Organe und Aktionäre deutsch seien. Die Firma sei in das deutsche Handelsregister eingetragen, was bekanntlich nur mit deutschen Firmen und Gesellschaften geschehe. Namens unserer Fraktion erinnerte Genosse Krille daran, daß die Frage der Niederlegung der Ede und ihr Wiederaufbau vorwiegend eine Verkehrsfrage war. Im übrigen sei der Streit um den französischen Namen unserer Fraktion sehr gleichgültig; wir überließen das den Parteien, die der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise mehr Interesse entgegenbrächten. Diese Parteien sollten sich aber einmal in Berlin umsehen, wie viele Firmen mit ausländischen Namen und Artikeln Geschäfte zu machen suchen.

Der Ausbau des Freibades am Zigeunersee in Sübars wurde ebenso ohne Debatte beschlossen, wie der Ankauf des Rittergutes Schöneiche. Zu einem Antrag der Kommunisten auf

### Verbot des privaten Wohnungsvermittlungsbüros

bemerkte Genosse Eichberg, daß die sozialdemokratische Fraktion ein allgemeines Verbot der Büros nicht befürworten könne, obwohl durchaus Bedenken gegen einzelne Büros bestehen. Schädlich seien aber auch die Inserate der bürgerlichen Zeitungen, auf die einzuwirken die Stadtkörpersverwaltung keine Macht habe. Die Fraktion werde dem Beschluß des Ausschusses zustimmen, der unter anderem verlangt, daß der Magistrat gegen unzuverlässige Büros vorgehe. Wir verlangen allerdings, daß sich der Magistrat streng nach dem Beschluß richtet. — Ein Antrag der Kommunisten auf Befreiung der Hauszinssteuer wurde abgelehnt, dafür ein Ausschußbeschuß gutgeheißen, der den Magistrat ersucht, bei den Regierungen dahin zu wirken, daß der gesamte Ertrag der Hauszinssteuer den Gemeinden zum Bau von Wohnungen zur Verfügung gestellt wird.

Im weiteren Verlauf der Sitzung bemängelte Genossin Dr. Käthe Frankenthal, daß der Magistrat immer noch das beamtete Pflegepersonal in Kronen- und Pflegeanstalten unter Besoldungszwang hält. Sie widerlegte ferner die Behauptungen des Hauptgesundheitsamtes, das Schwesterpersonal sei bei Bewährung eines Befähigungsgeldes unterernährt.

und die beiden Helfershelfer fest und brachten sie nach dem Polizeipräsidium. Hedner bestritt erst alles und wollte gar nichts wissen. Endlich gab er zu, daß er mit J. wohl über einen solchen Plan gesprochen, die ganze Sache aber nicht ernst genommen habe.

Die Darstellung eines Spätabendblattes, wonach die Verbrecher auf der Chaussee bei Legel zwischen einem kleinen Mädchen von der Polizei überrumpelt worden sind, ist von A bis J erfunden.

## Bernotat in Berlin.

### Der Ausbrecher telefoniert mit seinem Anwalt.

Wie bereits kurz gemeldet, ist vor einigen Tagen der berühmte Gentlemanbrecher Karl Bernotat, dessen Taten die Berliner Polizei in den Jahren 1921/22 ebenfalls beschäftigt haben, wie sein Ausbruch aus dem Roabitler Untersuchungsgefängnis die Gerichte, aus dem Gefängnis in Galinow, wo er bisher fünf Jahre der ihm zubillierten zehnjährigen Zuchthausstrafe verblüht hatte, erneut ausgebrochen, ohne daß man bisher wieder seiner habhaft werden konnte. Inzwischen ist es Bernotat gelungen, unbehelligt wieder Berlin zu erreichen. Am gestrigen Donnerstag hat der Ausbrecher nun von einem Berliner Telefonapparat aus bei seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Sack, angerufen und ihm mitgeteilt, daß er sich aus Galinow „selbst beurlaubt“ habe, weil ihm in der Abgeschlossenheit hinter Pommerns die Möglichkeit fehle, das von ihm erstrebte Wiederaufnahmeverfahren mit der nötigen Gründlichkeit zu betreiben. Er habe es also vorgezogen, persönlich in dieser Sache nach Berlin zu kommen,

um dann, so erklärte Bernotat wenigstens, in etwa zwei Wochen nach Erledigung dieser Angelegenheit freiwillig wieder nach Galinow zurückzukehren. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die Berliner Kriminalpolizei nicht diesen „Erholungsurlaub“ Bernotats etwas obfuzeln wird. Immerhin wird es nicht leicht sein, dieses gewiegten Ein- und Ausbrechers habhaft zu werden.

Wie erinnerlich, hatte Bernotat zusammen mit seinem Spielgesellen Kaminist in den Inflationsjahren 1921/22 die Hotels und Pensionen des Berliner Westens, besonders am Kurfürstendamm, in erschreckender Weise unflüchtig gemacht, Juwelen, Pelze und Wertgegenstände aller Art waren der Gaunerhande in die Hände gefallen. Als man Bernotat im Juni 1922 in seiner Wohnung im vornehmen Westen verhaftete — an der Eingangstür rangte das Schild „Direktor Bernotat“ — fand man eine überaus luxuriöse, größtenteils aus Einbrüchen stammende Einrichtung, eine ungeheure Bibliothek mit wertvollen Prachtwerken und sonstige Schätze vor, die der kunstverständige Bernotat zusammengekauft hatte.

## Reichsendorf soll zuständig sein.

### Ein Opfer der Wohlfahrts-Bureaucratie.

Ein 60 Jahre alter Mann, fast erblindet und halb taub, an den Folgen einer schweren Gehirnerschütterung leidend, von Beruf Gärtner und bisher unvorbestraft, steht vor Gericht.

Der Erwerbsunfähige, verheiratet und Vater von zwei Kindern, aber zu seinen Angehörigen in etwas gespanntem Verhältnis stehend, hat vom zuständigen Bezirksamt Mitte eine Monatsrente von 30 Mark bezogen. Er, der bisher von seiner Familie getrennt lebte, kehrt aus Rot zu ihm nach Reichsendorf zurück, melde sich polizeilich und will nun vom Reichsendorfer Bezirksamt die Rente weiter beziehen. Da gibt es bürokratische Schwierigkeiten. Der Mann fährt öfter nach Reichsendorf bei Fürstenwalde zu einer früheren Arbeitgeberin. Als altes Mitglied des Tierzuchtvereins betreut er ihre Kagenform ohne festes Entgelt, bekommt aber von ihr zu essen und darf mehrere Nächte in einem Schuppen schlafen. Bei seiner Frau muß er auf dem kalten Küchenboden nächtigen. Im Reichsendorfer Bezirksamt schlägt man daraus, daß Reichsendorf für die Zahlung der Rente zuständig sei. Monatslang wird ihm das Geld vorenthalten. Er geht zum Berliner Bezirksamt und wird zu einem Regierungsrat geführt. Seine Vorstellungen scheinen unklar. Mäßig paßt ihn auf eine etwas ironische Frage des Beamten hin ein Wutanfall. „Lumpen, Betrüger, Schurken, Expresler“ schreit er, tobt in fassungsloser Aufregung noch eine Weile weiter, ergreift irgendein Aktentuch und wird mit Mühe von herbeigeeilten Schutzpolizisten aus dem Hause entfernt. Folge: Klage des Präsidenten des Wohlfahrtsausschusses wegen Hausfriedensbruches, Rädigung, Beleidigung und Diebstahl. Die erste Instanz verhängte acht Tage Gefängnis. Am Dienstag fand die Berufungsverhandlung statt und wurde zur Ladung eines zweiten ärztlichen Sachverständigen bis zum Sonnabend vertagt. Der Verteidiger ruft in seinem Plädoyer: „Es muß also der Zustand festgestellt werden, daß der bürokratische Apparat monatelang die Auszahlung einer Rente verhindert auf die ein berechtigter Anspruch besteht.“ Der Sachverständige hält eine augenblickliche Sinnesverwirrung, die den Schuß durch den § 31 StGB begründe, aus Verzweiflung und Rerrenüberregung durchaus für möglich.

Eine Frage: Ruhle der Präsident des Wohlfahrtsausschusses wirklich in diesem Falle klagen? Gemiß sollen die Beamten vor Beleidigungen geschützt werden. Bei einem tranken, fast blinden, unvorbestraften alten Manne aber konnte wohl ein Auge zugebückt werden!

## Auftakt zum Landgemeindefest.

Der Leiter des Deutschen Landgemeindefestes, Landrat a. D. Dr. Dr. Gerets, empfing gestern anlässlich der gemeinsamen Tagung des Deutschen Landgemeindefestes und des Verbandes der preussischen Landgemeinden zu einem parlamentarischen Abend in den Festräumen des Hotels Kollerhof in Berlin. Unter den fast 300 erschienenen Gästen bemerkte man: Reichsinnenminister Gen. Severing, Reichsjustizminister Dr. Koch, Reichsernährungsminister Dr. Dietrich, Reichsfinanzminister Gen. Dr. Hilferding, Reichsverkehrsminister v. Guérard, Finanzminister Gen. Gzejsinski, ferner zahlreiche Parlamentarier, darunter den Reichstagspräsidenten Gen.

## Bereiteter Raubüberfall.

### Ein Bankchauffeur und seine Helfershelfer verhaftet.

Der Berliner Kriminalpolizei gelang es gestern zu rechten Zeit, einen Raubüberfall zu verhindern, der von langer Zeit vorbereitet worden war.

Die Polizei hatte von dem Pianisten Kenntnis erhalten. Durch Beobachtungen usw. erfuhr man noch und noch, daß es den Verbrechern gelungen war, einen Chauffeur der Bank für diesen Plan zu gewinnen. Der Ungetreue, namens Hedner, erwarb sich bereit, der Tat Vorschub zu leisten. Der Plan sollte gestern ausgeführt werden. Nach Beobachtung sollte Hedner, wenn er mit der Stadtfahrt fertig war, seinen letzten Kunden nördlich von Berlin aufsuchen. Auf der Chaussee zwischen Legel und Waldmannslust, dort, wo sie beiderseits von Wald begrenzt ist, sollte das Kassenauto überfallen werden. Die Verbrecher wollten mit einem Auto den Wagen der Deutschen Bank von seiner Abfertigung an verfolgen und an der vereinbarten Stelle ihren Wagen auf der Chaussee quer stellen, so daß das Kassenauto hätte halten müssen. Die beiden Mitfahrer waren von dem Plane nicht unterrichtet. Als nun heute morgen die Kassenautos vor der Hauptbank in der Behrenstraße abgeleert wurden, standen Kriminalpolizei, mit deren Unterstützung der ganze Plan aufgedeckt worden war, verstreut auf ihren Posten. Auch das für den Überfall bestimmte Auto erschien, um Hedners Abfahrt zu erwarten. Es war der Privatwagen l. A. 38439. Er wurde geföhrt von einem Kaufmann N., der in Berlin wohnt und allerlei unehrliche Geschäfte betreibt. Als nun alles fertig war und abgefahren werden sollte, griffen die Beamten zu, nahmen Hedner, J.

## 20) Soldat Suhren.

### Roman von Georg von der Brinck.

Copyright 1927 by J. M. Spaeth Verlag, Berlin.

Es ist blendend weiß auf der Straße, dazu der Himmel grell und die Hügel flimmernd. Da lasse ich meine Augen eine ganze Weile auf dem kleinen Grasstreifen ruhen, der die Chaussee mit seinen regungslosen Löwenjährlingern bepflanzt. Doch plötzlich liegt in diesem Streifen neben mir ein Mensch. Ich erkenne das rote Gesicht Bernhard Raupes. Seine Augen blicken stier, als habe er in der Schule eine schlechte Note bekommen. Sie sind von feuerroten Rändern umgeben, und der dicke Schnurrbart bewegt sich. Zugleich hebt der Siedende beide Arme wie bei einer Freilüfung über den Kopf, welcher zurückinkt wie abgebrochen. Der Helm rollt hin. Hier am Chausseestein liegt das Gewehr.

Dann bin ich vorbei und höre wie im Traum den Gaus des Brause herhschnaufen.

Wie sie ihn in der Schule quälten! Aber nun ist er wenigstens bewußtlos, denke ich, er weiß nichts mehr.

Die Kompanie erreicht die Straße vor der Mülerei einigermaßen vollständig, aber mit dem letzten Rest ihrer Kraft. Vom Quartier gibt es ein schönes Schauspiel für die Franzosen, die an ihre Fenster geeilt sind. Der Leutnant läßt nämlich nicht weitertreten, wie es üblich ist, sondern will aus Wut sofort einige Befehlungen über Verhalten auf dem Marsche geben. In der Straße ober hoch die Sonne wie in einem Topf und scheint zu zischen. Einen Augenblick steht die Kompaniefront fest, dann bricht hier und dort einer zusammen, die Gewehre schlagen aufs Pflaster. Man will die Brause ausheben und wird angefnauzt. Der Leutnant hat jedoch bereits das Spiel verloren, denn nun liegen schon zehn, schon fünfzehn am Boden. Klees neben mir knickt mit einem kleinen Laut um, Albering fängt sein Gewehr auf. „Wegtreten“, befiehlt Brause, aber keiner achtet mehr auf ihn. Die sich noch fest auf den Beinen fühlen, schleppen die am Boden Liegenden, die zum Teil Galle erbrechen, die Treppe hinauf auf den Boden. Das dauert eine ganze Weile, aber endlich ruhen wir alle im guten, gelben Erdb.

Ich bin erstaunt, daß ich es durchgehalten habe, und fast etwas fröhlich darüber. Viele sind fröhlich und plaudern leise im Liegen. Der Meyer aber steht im Gang und näht sich im Stehen einen Knopf fest. Einer sagt zu ihm:

„Bist wohl nicht müde, du Affe?“

Sieh, da hebt der Meyer langsam das eine Bein wogerecht hoch und macht mit dem anderen eine tadellose Kniebeuge, die Rahnadel in der Hand.

Das Plaudern erstickt — allgemeines Stauen.

Klees liegt neben mir mit geschlossenen Augen und sehr blaß, seine weißen Zähne sind sichtbar.

Ich sage:

„Wenn man einen Antwerpener Lastgaul vor einen vollen Lastwagen spannt, geht er gemächlich mit ihm los. Wenn man dazu ein Rennpferd nimmt, so kloppt es zusammen. Spielen sie sich also bloß nicht auf.“

Ein erstauntes Lächeln zigt in Meyers Gesicht, er wiselt: „Höre einer den Suhren an! Er vergleicht sich mit einem Rennpferd. Suhren ist ein Rennpferd.“

Er will wirken und fragt in die Runde: „Hat man gehört? Suhren behauptet, ein Rennpferd zu sein!“

Niemand lacht, aber Albering sagt:

„Sie Affe sollten etwas mehr Logik im Leibe haben. Suhren hat Klees mit Ihnen verglichen, ebenso, wie er ein Rennpferd mit einem Lastpferd verglichen hat —“

Ich höre es noch, aber plötzlich wird mir übel zumute, ein Mantel bedeckt mich, und ich falle in unruhigen Schlaf. Im Traum sehe ich, daß irgend jemand Meyer in einen Sarg hebt, höre eine Stimme sprechen: Von Brauses Pferd getötet nach einem Marsch von Paris bis Bordeaux. Die Welt ist genesen, Amen — Ist es der Divisionspfarrer? — Nein, Raupe, der Rückenstabsarzt, ist es, der ihn umrührt, sein Mund ist mit einer goldenen Briefmarke zugesteckt. Auch er ist tot, obwohl er fortwährend rührt und rührt.

Ein jähes würgendes Mitleid mit meinem Schulkameraden erfaßt mich, und ich erwache wieder. Albering spricht noch immer, aber ich verstehe nicht, was er sagt.

Abends gehe ich in die Küche zu Bernhard Raupe. Ich finde ihn auf seinem Lager. Es geht ihm schlecht, er hat Fieber und klappert mit den Zähnen.

„Na Schorch“, flüstert er, „wie geh's, wie steh's?“

„Ich wollte nach dir sehen“, sage ich.

„Nett von dir. Sey' dich irgendwo, da ist eine Riste.“

Er blickt ängstlich zur Seite und haucht:

„Uebel hat er uns zugerichtet heute, aber — Herz, vergiß.“

„Sag, Bernhard, wie ist es mit dem Markenalbum?“

„Markenalbum? Wieso?“

„Ich schenkte dir doch einmal ein Markenalbum, es ist lange her. Du erinnerst dich vielleicht noch daran.“

„Gewiß erinnere ich mich noch daran, es war nett von dir, Schorch.“

„Ich meine, ob du es noch hast?“

„Hast? Nein. Weißt du nicht, daß es mit verbrannte, als unser Haus hochging?“

„Verbrannt?“

„Gewiß, und aller Schnaps in der Gaststube wurde gerettet, wir saßen ihn am Morgen aus. Alles wurde überhaupt gerettet, bloß das Album nicht. Es lag oben auf meinem Bücherregal, und der Schrank war das letzte, was im Haus drin war. Wir bekamen auch ihn noch heraus, doch beim Schießballen muß das Album heruntergerutscht sein. So habe ich es nun nicht mehr, Schorch. Es war ein Schach —“

„Gewiß, Bernhard, ein Schach“, muß ich ihm beipflichten.

„Aber höre, alter Knabe, du sagtest mir noch nicht, ob es wieder aufgebaut wurde, euer Haus.“

„Gewiß, es ist wieder aufgebaut, mit einem Grammophon versehen und überhaupt neu und schön. Nur die alte Mutter kann sich nicht darin finden, sie schuft: Das ole Hus war doch böter, dat ole Hus war so kommod!“

„Über ich“, lacht mein Schulkamerad, „sage ihr dann: Mudder, sei still, die neue Zeit ist angebrochen, man schreitet mit fort. Das deutsche Zeitalter ist angebrochen, man schreitet mit fort, nicht wahr, Schorch? Herz, vergiß!“

Er ist ganz heiß an den Schläfen, und sein Atem zieht tönend durch die Schnurrbartspirale. Er soll schlafen und ich gehe fort.

„Böle, Schorch?“ ruft er mir nach.

„Richt auf dich, Bernhard!“

Mein altes Album, du bist hin. Ihr Däselköpfe seid hin. Du Duft von Tante Maries Kabinett — hin, gewesen. Doch verbrannt ist besser als verkauft.

(Fortsetzung folgt.)

# Von der Vererbungswissenschaft.

## Die Tagung des Bundes für Volksaufklärung und Erbfunde.

Die Eugenik, die Hygiene der Fortpflanzung, will als normative Wissenschaft, Richtlinien für das Leben des Individuums, nach der Auffassung einzelner sogar Richtlinien für das Leben des Volkes weisen. Die Vererbungswissenschaft gibt aber, insofern sie sich mit dem Menschen befaßt, nur zum kleinen Teil feststehende Gesetze, vielmehr noch immer größtenteils Hypothesen. Denn sie ist darauf angewiesen, die Ergebnisse der Versuche, die sie unter künstlich geschaffenen Bedingungen an Tieren und Pflanzen anstellt, auf die Menschen zu übertragen.

Wir wissen noch immer nicht, ob die Anlagen wirklich unveränderlich sind, wie die Mehrzahl der Redner auf der Tagung annahm, oder ob sie und ihre Vererbung von der Umwelt beeinflusst werden. Welchen Standpunkt wir jedoch in diesen Fragen einnehmen, ist von weittragender Bedeutung für die Praxis. Wenn wirklich Unveränderlichkeit angenommen werden muß, so scheinen die wertvollen Kräfte an gewisse Familien gebunden, die deshalb gefördert und erhalten werden müssen. Es ist selbstverständlich, daß der Jesuitenpater Prof. Ruckermann diesen Standpunkt vertritt, denn die eugenischen Theorien eines Wissenschaftlers stehen in engem Zusammenhang mit seiner Weltanschauung.

### Wie sollen aber die wertvollen Familien erkannt werden?

Wenn sie Ruckermann, wie es häufig geschieht, u. a. bei den höheren Beamten zu finden glaubt, so entbehrt diese Anschauung der Grundlage. Die Erhaltung dieser Familien bietet aber auch deshalb besondere Schwierigkeiten, weil gerade sie eine sehr geringe Geburtenziffer aufweisen. Es ist interessant, daß die höheren Beamten, die im allgemeinen von der Hochwertigkeit ihrer Familien überzeugt waren, und auch in der Theorie vielfach für eine große Kinderzahl eintraten, im Durchschnitt nicht mehr wie ein Kind zeugten. Leicht ist es, entartete Familien, die mit vererbten Fehlern und Gebrechen behaftet sind, zu erkennen. Wir wissen heute, daß z. B. Schwachsinn, epileptische Krämpfe, allgemeine Körperschwäche sich auf die Nachkommen vererben. Es wäre also wünschenswert, daß Menschen, die mit einer solchen Krankheit behaftet sind, von der Fortpflanzung ausgeschlossen wären. Der genaue Erkenntnis der in den Familien vorhandenen Eigenschaften dient

### die Familienforschung.

deren ziemlich umständliche Arbeitsweise von Prof. Scheidt erörtert wurde. Auch der Schularzt soll seine Untersuchungen auf die Familienforschung ausdehnen, wie Genosse Dr. Löwenstein forderte. Als Zentrale praktischer Eugenik sind heute die Eheberatungsstellen anzusehen. Für ihren Ausbau stellte Genosse Dr. Scheumann, der Leiter der Eheberatungsstelle Brenzlauer Berg, eine Reihe wichtiger sozialhygienischer Forderungen: Die neuesten Forschungen weisen immer mehr darauf hin, daß die Keimsubstanz, die man bisher für unabänderlich hielt, weitgehender Beeinflussung unterliegt durch Faktoren des täglichen Lebens wie Ernährung, Licht, Temperatur, Röntgenstrahlen, deren degenerative Einwirkung sogar als vererblich nachgewiesen ist. Deshalb hält es der Vortragende für bedenklich, bei den Bestimmungen um eine gute Veranlagung nur die Erbbiologie zu Rate zu ziehen, sondern legt seiner Eheberatung die gesamte Hygiene zugrunde.

### Eheberatung ist eugenische Fürsorge

und muß deshalb alle Zwangsmassnahmen vermeiden. Die jetzt noch bestehenden Mängel der Beratung, daß sie nämlich vielfach zu spät und andererseits nicht nachhaltig genug zur Geltung kommt, sollen

sich hauptsächlich durch eine vorbereitende eugenische Aufklärung bessern. Verschiedene Redner legten an einem besonderen Verhandlungstage dar, wie diese Fragen in den verschiedenen Schulgattungen zu behandeln sind. Eingehend können diese Probleme später in den kleinen Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschulen erörtert werden. Die ganze Eheberatungstätigkeit muß — nach der Ansicht Scheumanns — auf der hygienischen Selbsthilfe aufbauen. Der Gesundheitswille muß von den Ratsuchenden selbst erbracht werden, der Arzt kann ihn nur leiten und zum Erfolg führen. In der Heiratsberatung muß eine Politik des Kompromisses und des Möglichen befolgt werden, wenn man bei den oft vorhandenen Schwierigkeiten einen annehmbaren eugenischen Erfolg erzielen will. Die Eheberatungsberatung hat einen besonderen eugenischen Charakter dadurch, daß dabei am häufigsten spezielle Fortpflanzungsfragen zur Sprache kommen in der Form der positiven und negativen Geburtenregelung. Bei der gegenwärtigen Sachlage kann auch in Geburtenerschänkung durch eine ernsthafte eugenische Beratungsstelle kaum zuviel getan werden.

Die Eheberatungsstelle soll auch individuelle Hinweise geben für die von den Behörden ausgehenden eugenischen Maßnahmen, z. B. auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung und Arbeitsvermittlung. Schließlich soll eine leider immer noch nicht verwirklichte eugenische Ehevermittlung eingerichtet werden.

Diesen Anschauungen des Praktikers gegenüber ist der gewissermaßen amtliche Standpunkt von Interesse, den der Sachbearbeiter im Volkswohlfahrtsministerium, Ministerialrat Dr. Ostermann, in seinem Vortrag vertrat. Auch er sieht die Eheberatung als letztes Glied der Gesundheitsfürsorge, hält es aber für wichtig, vor allem die Erbbiologie der Praxis zugrunde zu legen. In der viel umstrittenen Frage, ob die Eheberatungsstellen Empfängnisverhütung treiben sollen, stellt sich Ostermann auf den Standpunkt, den Genosse Prof. Grotjahn vor einiger Zeit auf der Tagung der Vereinigung öffentlicher Eheberatungsstellen in Leipzig vertrat. Danach soll Empfängnisverhütung nur in den allerdingendsten Fällen erfolgen, damit die sinkende Geburtenziffer nicht durch diese Maßnahmen weiter herabgedrückt würde. Der Vortragende glaubt, daß das Volk eines Tages selbst verlangen werde, daß der

### Austausch von Heiratszeugnissen vor der Ehe

allgemein eingeführt werde. Wir sind kein wachsendes Volk mehr. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen. Es ist jedoch, wie es scheint, nicht angängig, den Grund vorwiegend in der künstlichen Kleinhaltung der Kinderzahl zu suchen, wie es u. a. Oberbürgermeister Dr. Burgbörfer in seinem Vortrag „Eugenik und Bevölkerungspolitik“ tat. Nach einer vor kurzem durchgeführten Untersuchung des Kieler Soziologen Lönningers scheint für die abnehmende Geburtenziffer das späte Heiratsalter von großer Bedeutung. Außerdem weisen schon vor einigen Jahren verschiedene Mediziner im Gegensatz zu dem Berliner Universitätsprofessor Dr. Bummi darauf hin, daß der Geburtenrückgang vorwiegend auf die zunehmende abnorme Bildung der Geschlechtsorgane zurückzuführen sei.

Die große Angst vor weiterer Verbreitung geburtenverhütender Mittel ist also auch bei denen übertrieben, die ganz allgemein eine höhere Geburtenziffer anstreben. Wichtig ist es, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie auch Burgbörfer forderte, so zu gestalten, daß die kinderreichen Familien für gesunde Aufzucht ihrer Nachkommenschaft sorgen können.

## 17 Retter ertrunken.

### Tragisches Bootunglück an der Küste von Norfolk.

An der Küste von Norfolk ereignete sich am Donnerstag ein schweres Bootunglück. Ein deutscher Dampfer war etwa vier Meilen vom Lande entfernt mit einer Last zusammengeknollen. Die Last feuerte im sinkenden Zustand Raketen-Signale ab, wozu sofort ein mit 17 Mann besetztes Rettungsboot vom Lande abließ, um den Schiffbrüchigen zur Hilfe zu eilen. Bei der Ankunft hatte der deutsche Dampfer die Befehle der Jacht jedoch schon angenommen, so daß das Rettungsboot unverrichteter Sache den Rückweg antreten konnte. Plötzlich sah man den Mast des Rettungsbootes umknicken und das Boot selbst umschlagen. Der hohe Seezug und der schwere Sturm machten die Rettungsversuche unmöglich, so daß die gesamte Besatzung des Bootes ertrank.

## Großfeuer in Mannheim.

### Dellager niedergebrannt. — Ein Feuerwehrmann verbrannt.

Mannheim, 15. November.

Im Mannheimer Industriebezirk ist beim Verein Deutscher Dellager ein Großfeuer ausgebrochen. Das ganze Dellager steht in Flammen. Da eine Lösung des Brandes ausichtslos erscheint, obwohl sämtliche Feuerwehren Mannheims bei der Bekämpfung des Feuers mitwirken, beschränkt man sich auf die Sicherung der anliegenden Gebäude. Der Brand wird wahrscheinlich erst in einigen Tagen niedergekämpft sein. Eine Drehung des Windes kann das Feuer wieder auslockern lassen. Die Maschinen- und Fabrikationsräume, in denen die Arbeiter weiterarbeiten, sind außer Gefahr. Der Wind treibt augenblicklich die Flammen einem 100 Meter breiten Verbindungskanal zu, der den Neckar mit dem Industriehafen verbindet und auf dessen anderer Seite ein großes Lagerhaus liegt, das von dem Qualm vollkommen eingehüllt, von der Feuerwehr aus mehreren Leistungen mit Wasser überschüttet wird. Der durch das Feuer angerichtete Schaden beträgt schätzungsweise zwei bis drei Millionen Mark; er ist durch Versicherung gedeckt. Leider ist dem entseeltesten Element auch ein Menschenleben zum Opfer gefallen. Ein Feuerwehrmann, der kurz vor der Hochzeit stand, kam in den Flammen um.

## Das neue Telephonbuch.

Die Herausgabe des neuen Fernsprechbuches am Anfang eines Jahres bringt immer einige Erregung in die interessierten Kreise: die Post und das Publikum. Die Post hat allerlei Wünsche, die sie ihren Kunden gern mitteilen möchte und die denn auch reichlich den „amtlichen Teil“ füllen, der dem Buch in der Einleitung vorausgeschickt wird. Die Wünsche des Publikums sind aus begrifflichen Gründen im „kleinen Almanach“ freilich nicht vorhanden. So sagt die Post, daß es am Ende des Jahres höchste Zeit ist, die Eintragungen der Fernsprechteilnehmer nachzuprüfen und etwa gewünschte Änderungen, Streichungen usw. bei dem zuständigen Fernsprechamt unverzüglich zu beantragen. Diesmal winkt man sogar freundlich mit der Hand — was man sonst nicht immer bei diesem öffentlichen Institut beobachten konnte — und verspricht den neuen Kunden, die bis zum 1. Januar 1929 ihre

Anschlüsse auf Grund des neuen Gebührenregimes abmelden, entgegenkommenderweise die Aufnahme in das neue Fernsprechverzeichnis zu ermöglichen. Auch möchte man, daß die neue Gebührenentzung, die vom 1. Januar an in Kraft tritt und der seit Jahren geforderten Berücksichtigung der Fernsprecher nachkommt, recht ausgiebig gewürdigt wird. Ist doch der Beitrag zur Herstellung eines Hauptanschlusses von 80 M. auf 50 M. herabgesetzt worden, allerdings werden die Selbstkosten für Arbeitsmaterial und Baukosten mit in Rechnung gestellt; auch der Wegfall der Rindestgesprächgebühren ist eine starke Ladung speziell für den kleinen Geschäftsmann, sich einen Telefonanschluß zuzulegen.

Die Wünsche des Publikums bei dem neuen Fernsprechverzeichnis lauten dahin, daß dieses umfangreiche Buch gewiss an Uebersichtlichkeit noch gewinnen könnte, wenn man z. B. die Adressenanschlüsse für die öffentlichen Einrichtungen durch besondere Hinweise kenntlich macht, Bahnhöfe, Wohlfahrtsstellen usw., der Raum würde sich bald einsparen lassen, wenn die Inserate im Text fortfallen, denn schließlich ist ein amtliches Telephonbuch keine Inseratenplantage.

Im neuen Buch wird die vierpaltige Legationsordnung durch eine fünfspaltige ersetzt und gleichzeitig eine sparsamere Druckschrift verwendet. Durch Streichungen und Kürzungen im Text sucht man das immer größer werdende Volumen des Buches einzuschnüren. Die Zahl der Teilnehmer hat sich im letzten Jahr um rund 10 000 vermehrt, sie beträgt nach dem neuen Buch 285 000 für das Jahr 1929 wird voraussichtlich, wenn sich die Senkung der Gebühren erst auswirkt, noch mit einer stärkeren Zunahme zu rechnen sein, und man zerbricht sich schon den Kopf, wie man den Umfang des schon unhandlich gewordenen Buches einhalten soll. Stellt man die Telephonbücher Londons oder New Yorks in Vergleich, so sind diese handlicher und dünner, obwohl die Teilnehmerzahl weit größer ist. Das Publikum begnügt sich eben mit kürzeren Eintragungen, das Fernsprechbuch soll eben keine Titel-, Klemmen- und Firmenbuch sein. Diesmal hat man das Format noch auf seinen alten Umfang und auf das alte Gewicht beschränken können, letzteres beträgt 3,7 Kilogramm. Väterlich wirkt es, wenn im neuen Buch immer noch Titel wie „Königl. Landrat a. D.“ oder „Königlich-jüdischer Hoflieferant“ erscheinen.

Freie Sozialistische Hochschule. Sonnabend, den 17. November, 1924 Uhr, im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipzig, Str. 3, Vortrag der Genossin Prof. Anna Siemsen: „Selbsterziehung der Jugend.“ Eintrittskarten ohne Preis von 50 Pf. sind an der Abendkasse und an den bekanntesten Stellen zu haben: Berliner Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, links 2 Treppen; Buchhandlung J. H. W. Dittsch, Lindenstr. 2; Horlich, Engelauer 24/25; Verlagsgesellschaft des ADGB, Abteilung Sorbentien, Insester, 6a; Zentralverband der Angestellten, Ortschaftell, Rebe-Alliance-Str. 7.

Die Druckkosten des Landtages. Es ist wenig bekannt, daß die Möglichkeit für jede Privatperson besteht, die Sitzungsberichte des Preussischen Landtages, ferner aber auch die Sammlung der Druckkosten des Landtages käuflich zu erwerben und zwar durch R. v. Deders Verlag, Berlin W. 9, Linkstr. 3a, wird für jede Drucksache ein Verkaufspreis von 5 Pf. pro Seite erhoben, wozu bei Versand noch außerhalb die Unkosten zuzurechnen sind.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt

106 e. Der Gastgeber, Landrat a. D. Dr. Dr. Gerete, gab in seiner Begrüßungsansprache seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Herren Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, der Parlamentarier, der parlamentarischen Spitzenverbände und der Wirtschaftsorganisationen so zahlreich erschienen seien. Er erblickte darin einen deutlichen Beweis für die Bedeutung, welche die Öffentlichkeit den Landgemeinden in immer steigendem Maße von Jahr zu Jahr beilege. Er hoffe, daß das Zusammensein im Kreise der deutschen Landgemeinden dazu beitragen möge, das Verständnis für die besonderen Sorgen der Landgemeinden und ihrer Bevölkerung zu fördern.

## Demonstrationsfieber.

### Kommunisten unter Anklage des Totschlags.

Zur selben Zeit, als im Reichstag um den Panzerkreuzer parlamentarische Kämpfe ausgefochten wurden, fand in Roabit der Epilog einer tödlich verlaufenen Panzerkreuzerschlacht statt. Vor dem Landgericht III mußten sich gestern zwei rote Frontkämpfer — der 23jährige P. und der 25jährige R. — wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todeserfolg verantworten. Und das kam so:

Rot-Front veranstaltete in Spandau am 24. August zur Unterstützung des kommunistischen Volksbegehrens eine Demonstration. Als sie zu Ende war, versammelte der Gruppenführer W. seine Leute in dem Lokal Pippmann. Den nationalsozialistischen Panzerkreuzer-Freunden war die Antipanzerkreuzer-Demonstration der Kommunisten einigermassen auf die Nerven gefallen. In ganz besonders rabaulustiger Stimmung befand sich der später verstorbene S. Er erschien mit einigen seiner Freunde im Lokal Pippmann und versetzte hier dem Gruppenführer Willi W. mit nichts, der nichts, einen Rinnhaken. Dieser, anscheinend ein besonnener Mensch, hielt seine Leute, die nicht abgeneigt schienen, den völkischen Helden eins über die Kappe zu geben, zurück; S. und dessen Freunde wurden von dem Wirt an die Luft gesetzt und der Zwischenfall schien erledigt. Als aber die Rot-Front-Leute gerade dabei waren, sich im Lokal Kuchenbäcker bequem zu machen, erschien erneut S. auf der Bildfläche in Begleitung von etwa acht Gefinnungsgenossen. Sie suchten auf jede Weise mit den Rot-Front-Leuten Kräfteel, fangen das Ehrhardt-Lied und machten Rabau. Die Bemühungen des Wirts, sie aus dem Lokal zu bugstieren, blieben ergebnislos. So wurde das Ueberfallkommando alarmiert und dieses nahm drei der Rädelsführer, darunter S. und E., mit. Die letzteren beiden wurden sofort wieder entlassen und S. hatte nichts Eiligeres zu tun, als sich noch einmal in das Lokal Kuchenbäcker zu begeben. Nun sollte die Sache ernst werden. Die Freunde des Gruppenführers W. waren gerade dabei, den Uebelthäter ausfindig zu machen, der jenem den Rinnhaken verabsagt hatte. Sie glaubten, ihn in E. gefunden zu haben. Dieser zeigte aber auf den davonlaufenden S.: „Der ist's gewesen!“ Zwei von den Rot-Front-Leuten machten sich nun hinter S. her, hielten ihn ein und bearbeiteten ihn mit dem Riemenkoppel. S. starb aber und so kamen die Arbeiter P. und R. auf die Anklagebank wegen Körperverletzung mit Todeserfolg.

P. erklärte reumütig: „Wenn ich den Tod verursacht haben sollte, so tut's mir leid. Es war nicht meine Absicht, ich habe zu Hause eine Mutter zu ernähren.“ R., der von P. befristet wurde, leugnete seine Mittäterschaft; P.'s Schwager sei es gewesen, erklärte er. Die Sachverständigen waren aber der Ansicht, daß es überhaupt zweifelhaft sei, ob die Mißhandlung mit dem Riemenkoppel S.'s Tod verursacht habe. Er ist an einer inneren Hirnblutung gestorben, die der Einwirkung irgendeines Gegenstandes auf seinen Schädel zurückzuführen sei. Mag sein, daß der rabaulustige S. an diesem Abend auch von anderen verletzt worden ist.

Trotz dieses günstigen Gutachtens beantragte der Staatsanwalt für P. 1 Jahr Gefängnis und für R. 2½ Jahre. Das Gericht verurteilte den ersten zu sechs Monaten und den zweiten zu zehn Monaten Gefängnis. P. erhielt Bewährungsfrist, R. wegen seines Leugnens nicht.

Am 13. September überfielen kommunistische Rowdys eine Gruppe von Arbeiterfamaritern, die mit ihren Frauen und einem Kind auf dem Heimweg waren, in der Friedenstraße und schlugen mit Schlagringen und Gummiknüppeln auf die Ueberfallenen. Schwer verletzt mußte ein Arbeiterfamariter zur Rettungsstelle transportiert werden, mehrere andere trugen leichte Verletzungen davon. Jetzt fand der hinterlistige rote Ueberfall seine gerichtliche Sühne: Die ermittelten Rädelsführer Eriel und Riedel wurden vom Schöffengericht wegen gemeingefährlicher Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

## Groß Wasserrohrbruch in Lichtenberg.

Durch einen Wasserrohrbruch wurde gestern die Lüdstraße in Lichtenberg sowie zahlreiche Keller übersutet. Gegen 15 Uhr wurde plötzlich der Fahrdamm vor dem Hause Lüdstraße 42, an der Ede-Friedrichstraße, in einem Umfange von mehreren Metern aufgerissen. Ein harter Wasserstrahl schoß an die Oberfläche und überschwemmte den Fahrdamm. Die Wassermassen, die in den Gullys nicht genügend Abfluß fanden, nahmen ihren Weg über den Bürgersteig und drangen in die Keller der umliegenden Häuser ein. Die alarmierte Feuerwehr rückte mit mehreren Löschzügen und einer Saugpumpe an. Gleichzeitig wurden die Wasserwerke benachrichtigt, die eine Arbeiterkolonne an die Unfallsstelle entsandte. Es dauerte geraume Zeit, bis es der Feuerwehr und einer Arbeiterkolonne der Wasserwerke gelang, das schadhafte Rohr, es handelt sich um ein 300-Millimeter-Druckrohr, abzustellen. Durch den Vorfall waren zahlreiche Häuser ohne Wasserzufuhr.

## Kasperle am Friedrichshain.

Helles Kinderlachen, Jauchzen voll stürmischer Begeisterung, eine wahrhaft schöne Musik in dieser ersten Zeit. Im Andreas-Realgymnasium, Koppenstraße, hat Kasperle, als Vorbote all der weihnachtlichen Festesfreude, seinen fröhlichen Einzug gehalten. In der Zeit vom 12. bis 17. November erzählt er jeden Nachmittags um 4 Uhr eine seiner lustigen Moritäten und sein Publikum gerät vor Vergnügen förmlich außer Rand und Band. Gestern präsentierte er sich als der fröhliche Held, der auszog, das Graslein zu lernen. In des Königs Schloß da gibt es allerhand Arbeit für den lustigen Wagemut, da spukt es nur so von Geisern und bösem Geister. Kasperle gefodt, sie alle mausetot zu machen. Und als nun gar das holde Prinzchen erscheint, da wirft er sich noch mal so stolz in seine Heldenrüstung und begehrt, led wie er nun einmal ist, zum Lohn der Schönen Hand. Als dann die nächste Spukrevue beginnt, mit Teufel, Tod und Krotodil, erweist er sich als wahrer Held und haut sie alle kurz und klein. Die kleinen Zuschauer verfolgten die spannende Handlung mit dem nötigen Interesse, standen ihrem Freund Kasperle wacker mit allerlei guten Ratschlägen zur Seite und feierten zum Schluß ihren wackeren Helden mit der ihm gebührenden Begeisterung. Eine Stunde so recht von Herzen froh sein dürfen, eine Stunde im Kinderland leben, weit, weit vom harten, grauen Alltag, das tut allen unendlich wohl.

Führungen durch die ältesten Winkel Berlins. Die Führungen finden so großen Zuspruch, daß sie bis auf weiteres jeden Sonntag wiederholt werden. Nächste Führung am 18. November. Treffpunkt: 10½ Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang Untergrundbahn. — Leitnahme 50 Pf.



*Wir  
geben bekannt,*

daß unsere Einkaufsorganisation mehr als ein Sechstel der gesamten Tabakernte Macedoniens aufgekauft hat. In den Rest teilt sich die Cigarettenindustrie der ganzen Welt.

REEMTSMA CIGARETTEN

**OVA**

im **Araaberformat**

**5 Pf.**





# Alles für die Rentabilität.



**Der Reichsarbeitsminister:** „Sie behaupten, daß Ihr Betrieb bei Lohnerhöhung nicht mehr rentabel sei, aber jetzt werfen Sie durch die Absperrung weit mehr Geld ins Wasser, als die Lohnerhöhung Sie kosten würde!“  
**Der Ruhrindustrielle:** „Ja, sehen Sie: für die Rentabilität meines Betriebes ist mir eben kein Opfer zu teuer!“

Etats und der Reichshaushaltsordnung gehalten hat. Ich habe in meiner Erklärung bereits darauf hingewiesen, daß der Sinn des Beschlusses vom 10. August hoch der war, eben die Vergabungen für den Bau zu ermöglichen.

Von dem Abg. Hedder ist die Behauptung aufgestellt worden, daß dieses Panzerschiff gegen Rußland gebaut wird und daß die Politik gegen den Sinn des Kapalko-Vertrages verstoße. Die Reichsregierung steht durchaus auf dem Boden des Kapalko-Vertrages und des Berliner Vertrages. Im übrigen werde ich diese Behauptung nicht ernst nehmen, solange sie mir nicht von dem russischen Botschafter vorgebracht wird. (Heiterkeit und Aufz.) Sehr gut! — der russische Botschafter Krestinski, der sich in der Diplomatienloge befindet, lächelt.)

## Reichswehrminister Groener

Von den Kommunisten mit Rufen „Hundesott“ empfangen, wofür Abgeordneter Groer noch einiger Zeit einen nicht bestimmt adressierten Ordnungsruf erteilt — führt aus: Der sozialdemokratische Antrag wird in der parlamentarischen Geschichte nicht viele seines Gleichen haben. Aber ich will nicht das Politische besprechen, sondern ganz sachlich reden. Es ist bekannt, daß ich nicht ein unbegrenzter Flottensträmer bin. Da wir auch bei Aufschöpfung unserer Flotte das Landheer nicht verstärken dürfen, ist die Flotte ein Zuwachs unserer Landesverteidigung. Die Verwendung der 15.000 Marineangehörigen als Küstenwache könnte nicht ohne langwierige Verhandlungen mit den Veräusserlichen Mächten geschehen. Wenn eine der großen Seemächte im Spiel ist, können wir die Ostsee nicht freihalten, aber es gibt andere Konfliktmöglichkeiten, bei denen die großen Seemächte zunächst unbeteiligt sein würden.

Bei einem Ueberfall auf deutsches Gebiet muß Deutschland seine Grenzen mit aller Kraft schützen, bis der Völkerverbund oder andere Großmächte eingreifen. Dabei würde die Marine eine durch nichts zu ersetzende Funktion haben.

Die Aufrechterhaltung der Neutralität erfordert ihre Vöhrung mit bewaffneter Hand. Dabei kann die Marine eine noch wichtigere Rolle spielen als die Landmacht.

Die außenpolitischen Einwendungen gegen den Panzerkreuzerbau bezeichnet unter Außenminister als unbegründet. Wenn aber die Marine ein Lebensrecht hat, muß man ihr auch die Lebensfähigkeit erhalten und dazu kommt vor allem der Ersatz älterer Schiffe, zumal wenn diese einen jahrelangen Krieg mitgemacht haben. Ueber den Ersatz der Torpedoboote ist gar nichts geredet worden. Die ältesten Linienfahrer sind schon über 20 Jahre alt, sogar Veraltete billigt ihnen nur 20 Jahre Lebensdauer zu. Gegen den Linienfahrerlaß erhebt sich lebhafter Protest.

Das Hamburger und das Berliner kommunistische Blatt haben den hohen Kriegswert des neuen englischen 10.000-Tonnen-Kreuzers für Ostasien herorgehoben. (Große Heiterkeit.)

So große Seeschlachten wie am Skagerrak dürften nicht mehr vorkommen, da die Ueberflucht verlorwacht und die Sicherung gegen Luftangriffe zu gering ist. Die fremden Marinen gehen auf schnelle und starkbewaffnete 10.000-Tonnen-Kreuzer zurück, wir sind auf 6000-Tonnen-Kreuzer beschränkt, also müssen wir Linienfahrer bauen, die diesen 10.000-Tonnen-Kreuzern gleichwertig oder überlegen sind, und die einem überlegenen Gegner schnell genug, also rechtzeitig ausweichen können. Die U-Boot-Abwehr hat sich in den letzten Stadien des Weltkriegs so verbessert, daß sie dem Angriff bereits überlegen war. Bei Tag werden diese Schiffe den U-Booten nicht standhalten können. Diese Schiffskonstruktion ist durch Verwendung leichter Metalle, leichter Maschinen und aller technischen Fortschritte gelungen. Die Arbeit kommt der deutschen Reichsmarine, der Stahl-Riel und der Industrie besonders im Osten zugute. Von den 50 Millionen werden etwa 56 Proz. als Löhne dem Volk zugute kommen. Nur auf modernen Schiffen mit modernem und zweckmäßigem Aufbau und ebensolcher Bewaffnung kann die Marine eine solche Ausbildung und Tüchtigkeit erlangen, daß sie nach dem Beispiel von Skagerrak auch einem überlegenen Gegner standhalten kann. Ueberlegen Sie, ob Sie durch ihre Zustimmung die Marine um ihre Entwicklung bringen wollen. Werden die Nachteile angenommen, so könnte ich meine Stellung als Reichswehrminister nicht beibehalten. (Lebhafter Beifall rechts.)

## Abg. Treviranus (Df.):

Die Annahme dieser Anträge wäre ein schwarzer Tag wie jener, als 1851 die deutsche Nationalversammlung abgeschafft wurde. Aus Höflichkeit kann ich an die Rede des Abg. Bels nicht den normalen Maßstab legen. Gegen das Kinderland hätten die Sozialdemokraten in den Gemeinden und auch der Innenminister genug tun können.

Ueber lebhafter Zustimmung der Kommunisten verließ der Redner die ruffischen Staatsposten für Rüstungen, zum Beispiel 700 Millionen für die Flotte; der Beifall verstummt, als der Redner hinzusetzt, daß das russische Budget nur 6,3 Millionen für Kinderposten enthält.

Ueber die Beschäftigung, die der Panzerbau den Arbeitern in Kiel verschafft, hat der Minister das nötige gesagt. Von Abstützung ist trotz aller Redensarten keine Rede. Der Seeweg nach Ostpreußen ist nur dann sicher, wenn seine Störung zu risikant ist. Es besteht noch gar keine Sicherheit, daß das Beispiel von Tyrone, Bina und Remel nicht noch einmal nachgemacht wird. Rohstoffbesitz muß gesichert, eine neue Hungerperiode verhindert werden. Ostpreußen müssen wir zeigen, daß wir es nicht preisgeben, und nicht als Insel betrachten wollen. Es geht uns gar nicht um das Panzerschiff, sondern um die Wehrfähigkeit und den Wehrstand. Nicht Frieden um jeden Preis; mit dem Gedanken, nicht Frieden um jeden Preis, mit dem Bewußtsein, daß uns von unseren Nachbarn droht. Mit dem Reichswehrminister und dem Reichspräsidenten wünscht die Mehrheit des deutschen Volkes die Wehrfähigkeit. Die unehrliche Politik der Sozialdemokratie führt dazu, daß ein Minister bezwungen wird, mit gespaltener Zunge zu reden. Nach der Vertiefung bestimmt der Reichskanzler die Regierungspolitik. Es dürfte also nicht ein Minister im anderen Sinne sprechen als der Kanzler. Die letzten Tage haben in den Ausschüssen bereits gezeigt, daß die Regierungsparteien nicht mehr Wert darauf legen, sich zur Regierung zu bekennen. Die Sozialdemokraten möchten sich jetzt zurückziehen, das geht aber nicht, denn wir erwarten von ihrer Regierung noch weitere Erziehungsbemühungen am Volke. (Heiterkeit rechts.) Darum und im Gedanken an unsere Ostmark stimmen wir gegen die Anträge. (Beifall rechts.)

## Reichskanzler Müller:

Gegenüber den Anträgen des Abg. Treviranus mache ich zunächst darauf aufmerksam, daß es sich hier nicht um eine Angelegenheit handelt, die von dem gegenwärtigen Kabinett dem hohen Hause vorgelegt worden ist, sondern daß wir von der vorigen Regierung eine Erbschaft übernommen haben, die wir zu verwalten haben. Jeder, der meine Erklärung vorhin gehört hat, muß zu geben, daß das Kabinett nur gemäß der Staatsgesetzgebung und der Haushaltsordnung gehandelt hat, so daß in dieser Beziehung Vorwürfe nicht zu erheben waren. Es ist ausdrücklich in dieser Erklärung festgelegt, daß materiell eine Entscheidung zum Beschluß vom 10. August von den einzelnen Ministern nicht verlangt worden ist. Es geht auch unmöglich an, daß, wenn bei Neuwahl ein Kabinett aus anderen Parteien zusammengeleitet wird, verlangt werden kann, daß die Minister das verleugnen, was sie vorher gefordert haben.

Nun ist es selbstverständlich, daß, nachdem der Deutsche Reichstag Gelegenheit hat, zu dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei Stellung zu nehmen, die einzelnen Mitglieder des Kabinetts ihre persönliche Auffassung haben.

Abg. Treviranus hat sich darauf bezogen, daß nach Art. 56 der Reichsverfassung der Reichskanzler die Richtlinien der Politik zu

bestimmen hat. Ich gebe in diesem Falle zu, daß nach dem Abstimmungsergebnis zunächst einmal die Mehrheit des Kabinetts nicht vollständig meiner Auffassung ist. Aber Sie können verstehen sein, wenn deswegen der Wunsch mir gegenüber ausgedrückt worden wäre, ich solle aus diesem Grunde demissionieren, dann hätte ich mir das sehr überlegt. Ich habe ganz loyal im Kabinett dem Reichswehrminister die Möglichkeit gegeben, seine Stellungnahme zum Bau des Panzerschiffes darzulegen. Mehr konnte unter den gegebenen Verhältnissen nicht verlangt werden. Nun will ich ganz offen sein, ich liebe es nicht, Verleumdung zu spielen oder zu beschletern. Es ist mir persönlich die Frage vorgelegt worden, ob ich als Kanzler dieser Regierung nicht wenigstens bereit gewesen wäre, mich von meiner Fraktion zu trennen. Es ist unbekannt geblieben, daß ich das in meiner Fraktion geteilt, ausführlich dargelegt habe, welche Gründe dafür sprechen könnten. Es handelt sich um eine Vorlage, die eigentlich die Spitze der früheren Regierung angeht. Es ist bekannt, daß in den Verhandlungen, die gestern stattgefunden haben, auch davon die Rede war, daß unter Umständen das Abstimmungsergebnis von einer oder zwei Stimmen abhängen würde. Ich glaube, es spricht viel dafür, daß in einer solchen Situation eine Fraktion keinem einzigen Mitglied die Zustimmung freigeben will. Es ist doch auch gesagt worden, daß unter Umständen eine Krise größerer Umfanges aus dem Abstimmungsergebnis entspringen könnte, und ich glaube, es kann einer Partei schwer zugemutet werden, wenn tatsächlich der Reichstag dieser Anregung folgen sollte, in einen Wahlkampf hineinzugehen, nachdem die Partei ausdrücklich eines ihrer Mitglieder von der Abstimmung entbunden hat. Ich sage das mit Bezug auf Ausführungen, die heute morgen wegen der Stellungnahme der Deutschen Fraktion in einem Teil Ihrer (zu den Dnat.) Presse gefunden haben. Ich bin überzeugt, wenn ich der Abstimmung ferngeblieben wäre, dann hätte anderen Tages in einem Teile Ihrer Presse gestanden: Das ist der Mann, der an seinem Amt klebt! (Sehr richtig! bei den Sozial.) Das ist nämlich der Vorwurf, der in einem Teile der deutschen Presse heute morgen den demokratischen Ministern gemacht worden ist. Die sozialdemokratischen und demokratischen Minister konnten gar nicht anders handeln.

Abg. Graf Westarp (Dnat.): Das nennt man Regieren!  
 Reichskanzler Müller (mit der Faust auf den Tisch schlagend): Sie haben noch nicht begriffen, worum es sich handelt. Ich habe gerade aus der Erklärung von vornhin den Satz unterstrichen, daß es sich bei der Abstimmung am 10. August um keine materielle Stellungnahme handelte.  
 Graf Westarp (Dnat.): Es war eine materielle Stellungnahme! Etwas Unehrlicheres habe ich in diesem Hause überhaupt noch nicht gehört!  
 Reichskanzler Müller (mit der Faust auf den Tisch schlagend): Eine Partei, die sich bei der Abstimmung über die Dames-Gelche so unehrlich verhalten hat, wie die Ihrige, hat kein Recht, andere der Unehrlichkeit zu bezichtigen. (Stürmische Zustimmung und Handklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Ich werde Ihnen den Beweis liefern, daß ich aus meinem Herzen keine Würdergrube mache und zu dem sage, was ich sage. Ich kann mir daher den Vorwurf der Unehrlichkeit verbitten! (Erneuter stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. — Zuruf bei den Kommunisten: Herr Präsident! Unehrlich hat der Westarp gelogt! Haben Sie das nicht gehört?)  
 Noch einige Bemerkungen über Ostpreußen.  
 Als der Reichswehrminister mir sagte, daß es eine Auffassung gäbe, als erwarte man in Deutschland Ostpreußen bereits als abgetrenntes, habe ich ihn ermahnt zu erklären, daß niemand in Deutschland Ostpreußen als abgetrennt ansieht.  
 Abg. Graf Westarp: Abstimmung über den Panzerkreuzer!  
 Reichskanzler Müller: Man kann sich auch über andere Maßnahmen für Ostpreußen unterhalten, ich halte z. B. die Herstellung einer lebendigen Mauer an der Grenze durch die Ansiedlung deutscher Bauern für ungeheuer wichtig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Treviranus antwortete mir, daß keine Rede davon sein kann, daß die Sozialdemokratie den Wehrgedanken ablehnt. Die ganze militärische Entwicklung geht dahin, daß Länder mit der allgemeinen Volksbewaffnung offen gerüstet sind, während man von uns immer behauptet, daß bei uns stille Reserve seien. Es kann auch keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokratische Partei jemals für einen Frieden um jeden Preis gewesen wäre. Als diese Frage aktuell war, hat sie zur rechten Zeit für die Abwehr gelogt. Der Schluß der Rede des Abg. Treviranus hat mich überrascht. (Beif. Zwischenrufe rechts: Sie sind das Opfer Ihrer Leute da drüben!) Ich muß sagen, über das Bestehen der Reichsregierung haben zu entscheiden das Kabinett oder das hohe Haus.  
 Sie haben die Gelegenheit, gegen die von mir geführte Regierung ein Misstrauensvotum einzubringen, aber Sie mögen auch das Bewußtsein haben, daß die für ein Misstrauensvotum stimmen, gemäß dem parlamentarischen System dafür zu sorgen haben, daß eine neue Regierung kommt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)  
 Reichspräsident Graef teilt mit, daß die kommunistische Fraktion ein Misstrauensvotum gegen den Reichskanzler Müller wegen der Politik der Ausrüstung und ein Misstrauensvotum gegen den Reichswehrminister wegen seiner Kriegsrufe eingebracht hat. (Große Heiterkeit.)  
 Abg. Dr. Leicht (Bayer. Sp.) — mit dem Zuruf der Kommunisten empfangen: Jetzt wird der Panzerkreuzer eingesehnet (Große Heiterkeit) — nämlich die Ablehnung der Anträge, die nur aus parteipolitischen Gründen gestellt seien, durch keine Fraktion an. (Auf von den Kommunisten: Amen! Heiterkeit.) Zu früh, die Hauptfrage kommt erst: Die Verantwortung für die Folgen dieser Aktion lastet auf ihren Urhebern! (Beifall rechts.)  
 Um 6 1/2 Uhr abends verläßt das Haus die Weiterberatung auf Freitag nachmittag 2 Uhr.

# Bayerns Defizit.

Ein Klagegedicht des bayerischen Finanzministers.

Mit einem Defizit von 44 Millionen im oedentlichen Haushalt legte der bayerische Finanzminister dem Landtag, der am Dienstag zu seiner Winterarbeit zusammentrat, den Etat für 1929 vor. Die gesamten Haushaltsbeiträge des Freistaates Bayern seit Inflationsende sind damit einschließlich des jetzigen Defizitvoranschlags auf rund 143 Millionen angewachsen, wobei der für das laufende Etatjahr 1928 auf 24 Millionen geschätzt ist.

Das Voranschlagsdefizit von 44 Millionen ergibt sich aus 740,5 Millionen Einnahmen und 834,5 Millionen Ausgaben. Das bedeutet eine Steigerung der Einnahmen im kommenden Haushaltsjahr um 5 Prozent und eine Steigerung der Ausgaben um 8 Prozent. Eine Verbesserung der Einnahmen aus eigener Kraft soll durch Erhöhung des Gewerbesteuerzins und durch Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen erreicht werden. Allerdings werden dadurch im besonderen die Kleinen und mittlere

Betriebe getroffen. Außerdem befürwortete der Minister eine wesentliche Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer, die eine Reichsteuer ist, weil ihr jetziges Aufkommen bei weitem nicht die Kosten der Straßenunterhaltung deckt. Dagegen wandte er sich scharf gegen eine eventuelle Erhöhung der Biersteuer, weil sich daraus eine besonders schwere Belastung der bayerischen Wirtschaft ergeben würde. In der Tat, daß der Steuerertrag auf den Kopf der Bevölkerung in Bayern von 41 Mark vor dem Kriege auf 77 Mark im Jahre 1926 gestiegen ist, während sich in den anderen deutschen Ländern im Durchschnitt diese Spanne von 43 bis 93 Mark bewegt, steht der Minister einen Beweis für die geringere Steuerkraft der bayerischen Bevölkerung. Gleichzeitig zeigte er an einer anderen Statistik, daß in Bayern auf den Kopf der Bevölkerung die größten staatlichen Leistungen für die Altersgenossen geleistet sind, nämlich 4,32 Mark.

# WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz

Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.  
Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt

## Frisches Fleisch

- Rinderkamm u. Brust . . . Pfund **0.80**
- Querrippe Pfd. **0.75** Gulasch Pfd. **0.80**
- Schmorfleisch u. Roastbeef, m. Knoch. **1.00**
- Schmorfleisch ohne Knochen . . . Pfund **1.25**
- Hammel-Vorderfleisch . . . Pfund **0.96**
- Gehacktes Pfd. **0.75** Liesen Pfd. **0.95**
- Kalbskamm u. Brust . . . Pfund **0.74**
- Kalbsnierenbraten . . . Pfund **0.85**
- Kalbskeule ganz und geteilt . . . Pfund **0.95**
- Schweinebauch u. Rücken mit Belloge **1.04**
- Schweinekamm u. Blatt m. Beilg., Pfd. **1.10**
- Schweineschinken . . . Pfund **1.15**
- Kaßler Speer u. Kamm . . . Pfund **1.20**

- Schweinekotelett . . . Pfund **1.30**
  - Kalbsschnitzel . . . Pfund **2.20**
- Prima Gefrierfleisch**
- Suppenfleisch . . . Pfund **0.65**
  - Rinderkamm u. Brust . . . Pfund **0.70**
  - Kuh-Zuter Pfd. **0.30** Herzen Pfd. **0.65**

## Kolonialwaren

- Weizengrieß Pfund 21 Pt. Bruch-Reis Pfund 18 Pt.
- Hafergrieß . . . Pfund 24 Pt. Bassin-Reis Pfund 22 Pt.
- Haferflocken Pfd. 24 Pt. Java-Reis Pfund 29 Pt.
- Makkaroni Pfd. 38 Pt. Linsen gut kochend 38 Pt.
- Eier-Schnitt-Nud. 40 Pt. Bosn. Pflaum. 36 Pt.
- Eier-Faden-Nud. 42 Pt. Gem. Backobst 48 Pt.

## Konfitüren

- Konsum-Keks . . . Pfund 90 Pt.
- Krem-Schokolade (Apfelsine u. Himbeer) 2 Tafeln 45 Pt.
- Vollmilch-Schokolade . . . 8 Tafeln à 80 Gramm 85 Pt.
- Milchkaramell, 1/4 Pfd. 45 Pt. Olympia-Kakao Pfd. 1 M
- Tee-Misch. Darjeeling Ceylon China Indien Ceylon II

## Obst u. Gemüse

- Kohlraben Pfund 18 Pt.
- Tafelbirnen Pfund 25 Pt.
- Eß- u. Kochäpfel 18 Pt.
- Goldparmänen Pfd. 25 Pt.
- Tafeläpfel rote, Pfd. 25 Pt.
- Kranzleigen Pfund 28 Pt.
- Kalif. Tafeläpfel 45 Pt.
- Kiste ca. 45 Pfd. brutto 15.75
- Ananas Pfund 78 u. 88 Pt.

## Amerik. Äpfel

- 3 Pfund **95 Pt.**
- Möhren gewaschen Pfund
- Weißkohl dtm. } **8 Pt.**
- Wirsingkohl dtm. }
- Rotkohl holländ. }

- Sellerie . . . Pfund 18 Pt.
- Rosenkohl Pfund 20 Pt.
- Blumenkohl neuer Ia', Kopf 30 u. 40 Pt.
- Schwarzwurzeln 36 Pt.

## Kartoffeln

- Winterrolle, Zentner **3.50**
- Zusendung in Groß-Berlin per Zentner 80 Pt. Aufschlag, Sackpfund 8 Pt.

## Räucherwaren

- Fettbücklinge 30 u. 38 Pt.
- Schellfische Pfund 40 Pt.
- Kieler Bücklinge 45 Pt.
- Flundern . . . Pfd. 52 Pt.
- Sprotten I . . . Pfund 60 Pt.
- Seelachs u. Raibars in Stück, Pfd. 62 Pt.
- Bundacle . . . Bund 35 Pt.

## Kaffee

- frisch gebrannt, eigene Mühle
- Konsum-Misch. Pfd. 2.40
- Haushalt-Misch. „ 2.60
- Sonder-Misch. Pfd. 3.00
- Olympia-Misch. Pfd. 3.40
- Globus-Misch. Pfd. 3.80
- Residenz-Misch. „ 4.20
- Spezial-Mischung
- Bohnenkaffee 67 Pt. 40%, 1.10

## Rotti Krone

- Böfkkorn gekörnte Fleischbrühe
- Dose 60 Gramm **65 Pt.** Dose 125 Gramm **1.20**
- 1/4 Pfd.-Dose **2.25** 1 Pfd.-Dose **4.20** 2 Pfd.-Dose **7.80**

## Saucen

- Erdbeeren, Tomaten, Pilz, Gurkensch
- Sardellen, Kapern, Medica
- Würfel **12 Pt.**

## Legierte Suppen

- Ochsenschwanz, Geflügel, Wildbret, Erbsen
- m. Fokelbrust, Erbsen m. Speck u. Schinken,
- Erbsen, Reis, Reis mit Tomaten,
- Pflz, Sternchen u. a., Diegel 5 St. **65 Pt.**

## Echte Fleischbrüh-Würfel

- Dose 10 Stück **40 Pt.** 25 Stück **1 M**
- 50 Stück **2 M** 100 Stück **3.75**

## Würze

- à Größen von **35 Pt. b 6 M**

## Wurstwaren

- Rol- u. Dampfurst 1.10
- Pökefleisch gekocht 1.80
- Landleberwurst Pfd. 1.20
- Speck fett 1.40 mager 1.50
- Jagdwurst Pfund 1.45
- Schinkenspeck Pfd. 1.80
- Mettwurst Braunschwe. Art. Pfund 1.45
- Nußschinken ca. 2 Pfd. schwer, Pfd. 1.95
- Schinkenpolische 1.55
- Filetwurst Pfund 1.55
- Keis. dr. Baven'scher Vr. Marzell. Berl. Mettwurst Pfd. 1.20
- Leberwurst Pfd. 1.80
- Bierwurst . . . Pfund 1.60
- Zervelat u. Salami holsteinsche, Pfund 1.80
- Teewurst . . . Pfund 1.70

## Käse u. Fette

- Camembert vollfett, rund und 25 Pt. Schnitt 78 Pt.
- Halbmond, Schacht. 25 Pt. 6 Portionen
- Schweizer vollfett, ohne Rinde, Schachtel 6 Portionen 78 Pt.
- Stangen-Limburger halbfett 48, 55 Pt. vollfett, Pfd. 1.05
- Edamer halbfett . . . Pfd. 85 Pt. vollfett . . . Pfd. 1.18
- Holländer halbfett . . . Pfd. 85 Pt. vollfett . . . Pfd. 1.18
- Steinbuscher halbfett . . . Pfd. 78 Pt. vollfett . . . Pfd. 1.10
- Schweizer dtm., dreiviertelfett Pfd. 98 Pt. bayr., vollfett Pfund von 1.40
- Tilsiter vollfett l. . . . . Pfund 1.15
- Steppenkäse halbfett . . . . . Pfund 82 Pt.
- Blockkäse, ohne Rinde:
- Tilsiter halbfett Pfd. 88 Pt. Schweizer 1/4 fett, Pfd. 1.18
- Speisetalg Pfd.-Pak. 52 Pt. Nur beste Qualitätens
- Margarine Pfd. 52, 58 Pt. Tafelbutter Pfund 2.16
- Kokosfett Pfd.-Tafel 62 Pt. Danische Butter Pfd. 2.36

## Konserven

- 1/4 Dose stark 2.85
- 1/4 Dose mittelstark 2.95
- 1/4 Dose ohne Stein 82 Pt.
- 1/4 Dose mit Stein 82 Pt.
- Brudspargel 2.85
- Stg.-Spargel 2.95
- Pflaumen 65
- Apfelsinus 1/4 D. 0.42 0.72
- Kirschen 1.05
- Mirabellen . . . 1.00
- Ananas 1.05
- Reineclauden 1.25
- Olssardinen 1/4 Klubb. 1.4
- portugiesische 0.35 0.42
- Brieslinge norweg. 0.50

## Konfitüre, 1/2 Eimer

- Vierfrucht 82 Pt. Aprikosen 1.10 Erdbeer 1.30
- Johannisbeeren, Orange 1.15 Kirschen 1.35

## Fische

- Bratschollen . . . . . Pfund **0.20 0.25**
- Schellfische . . . . . Pfund **0.26**
- Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund **0.28 0.35**
- Goldbars ohne Kopf, . . . . . Pfund **0.32**
- Fischillet . . . . . Pfund **0.45**
- Grüne Heringe feine englische, Pfund **0.18**
- Lebende Karpfen Pfund von **0.90 an**
- Lebende Hechte Pfund von **0.96 an**

## Geflügel u. Wild

- Bratgänse, Puten . . . Pfund von **1.05 an**
- Suppenhühner fleisch geschlachtet Pfund von **1.10 an**
- Fettgänse . . . . . Pfund von **1.15 an**
- Junge Enten . . . . . Pfund von **1.15 an**
- Poulets feine . . . . . Pfund von **1.25 an**
- Wartbrucher Gänse Pfund von **1.25 an**
- Wildenten . . . . . Stück von **2.85 an**
- Nasen u. Kaninchen gestreift u. ausgeworfen, Pfund von **1.10 an**
- Rehblätler . . . . . Pfund von **1.10 an**
- Kirsch und Wildschwein billigst

## Wein

Preise für 1/2 Flasche ohne Glas

- San Antonio milder Tischwein . . . . . } **95 Pt.**
- Tarragona kräftig, rot . . . . . }
- 1927 Wöllsteiner süßiger Rheinhesse . . . . . 1.00
- 1927 Gleiszeller Kirchberg angenehme Tischwein 1.10
- 1927 Grünstadler Röth süßiger Pfälzer . . . . . 1.35
- 1926 Liebframild neue Kapsel, bestech., gehaltv. 1.50
- 4 besonders empfehlenswerte 1921er
- 1921 Jugendheimer Goldberg Wachstum Viehl 1.80
- 1921 Schloß Böckelheimer Kellerer Haseltin . . 1.90
- 1921 Oppenheimer naturrein . . . . . 2.00
- 1921 Niersteiner Domtal violette Kapsel . . . 2.20
- Deutscher Weinbrand-Verschnitt . . . . . 2.60
- Jamaika-Rum-Verschnitt \* 40 Vol.-Prozent . . 3.00
- Halb & Halb L. B. Spezialität, 1/2 Champagnerflasche 3.25
- Wein vom Faß zu Extra-Preisen

# Großer Eröffnungs-Verkauf!

zu extra billigen Preisen!



Maßanzüge in Verarbeitung 2 Proben von **95.00**

Modenhaus  
zum **Regenbogen**  
Schönhauser Allee 145 Ecke Kastanienallee  
Filiale: Müllerstraße 145 (U.-Bahn Seestraße)